

Pressemappe Ostring 2013

BIO – BürgerInitiative Ostring

www.ostring-buchholz.de

Banner kurz verschwunden: Waren da Ostring-Gegner am Werk?

os. Buchholz. Schock bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Ostring in Buchholz: Unbekannte entfernten jüngst ein Banner, mit dem Timo Hanke, Marion Riebesell und Michael Kreidner für die Abstimmung am 20. Januar werben wollten. Zum Glück wurde das 3x1 Meter große Plakat nicht gestohlen oder zerstört, wie das Trio zunächst befürchtete. Die Unbekannten



warfen es „nur“ eine Böschung hinab. Mittlerweile hängt das Banner wieder an der Canteleubrücke. Wie berichtet, stimmen die Bürger am 20. Januar parallel zur Landtagswahl darüber ab, ob die Verträge zum Bau der Umgehungsstraße zwischen dem Landkreis Harburg und der Stadt Buchholz bestehen bleiben sollen oder nicht.

Wieder da: Das Banner zum Bürgerentscheid hängt an der Canteleubrücke

Über 40 Jahre Planung für die Ostumgehung Buchholz Über 20 Jahre Glaubenskrieg um den Ostring

Lesen wir heute die Begründung im Erläuterungsbericht der Planer von damals für die Ostumgehung, dann werden wir voller Erstaunen feststellen, wie vorausschauend und weitsichtig die Planer gewesen sind. So hatte man schon Ende der sechziger Jahre die Entwicklung von Buchholz zu einem schnellwachsenden Mittelzentrum im Süden Hamburgs und

zwischen den Städten Buxtehude und Lüneburg vor Augen. Vieles der damaligen Planungen ist heute bereits umgesetzt worden und wird von uns selbstverständlich angenommen, so z. B. die Gewerbegebiete, die innerstädtische Entwicklung, die neuen Wohngebiete und die typischen Versorgungseinrichtungen eines Mittelzentrums.

Bieten wir, die Stadt Buchholz, all diese Errungenschaften eines Mittelzentrums an, hat die Politik auch die Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Angebote problemlos angenommen und erreicht werden können. Die Planer unserer Stadt und der Ostumgehung hatten deshalb für den Verkehr eine weitaus großzügigere Trassenführung vorgesehen, als die des heu-

te viel diskutierten „Ostrings“. Diese Trassenführung der siebziger Jahre begann mit einer großen Westumgehung von Dibbersen (Stuvenwaldtrasse), dem Nordring, der östlichen Umgehung der Stadt Buchholz und der Ortschaften Seppensen und Holm-Seppensen bis fast zu dem kleinen Örtchen Thelstorf.

Der momentan zur Diskussion stehende Ostring wirkt ge-

genüber der „Siebziger-Jahre-Planung“ nur noch wie ein Torso oder um es medizinisch auszudrücken wie ein Bypass.

Schon jetzt gibt es in und um Buchholz herum immense Verkehrsprobleme. Wird sich Buchholz in den kommenden Jahren mit einer ähnlichen Dynamik weiterentwickeln, brauchen wir diesen Bypass, damit es nicht zum Verkehrsinfarkt kommt.

Deshalb bestehen trotz eines Mobilitätskonzeptes keine hinreichenden Gründe den existierenden Vertrag mit dem Landkreis Harburg aufzuheben und dadurch weitere Jahrzehnte Buchholzer Planungsgeschichte zu schreiben.

**Machen wir alle am
20. Januar von unserem
Stimmrecht Gebrauch.**

V.I.S.D.P.: Wolfgang Schnitter, 1. Vorsitzender

www.buchholzer-wirtschaftsrunde.de

**BUCHHOLZER
Wirtschaftsrunde**



- Anzeige -



Nordheide Wochenblatt vom 5. Januar 2013

Nordheide Wochenblatt vom 9. Januar 2013

Nordheide Wochenblatt vom 12. Januar 2013

Unbekannte zerstören Ostring-Werbeplakate

Mit Empörung reagieren die Befürworter des Buchholzer Ostrings darauf, dass drei ihrer Banner zerstört wurden. Ein weiteres Banner haben Unbekannte entfernt und auf die Bahnstrecke geworfen. "Man muss befürchten, dass es System ist", sagt FDP-Fraktionsvorsitzender Arno Reglitzky und Mitglied der Aktion "Ostring - Ja bitte". Nachdem man sich mit Mühen die rund 5000 Unterschriften für das Bürgerbegehren erkämpft habe, gehe es um die notwendige Zahl an Ja-Stimmen beim Bürgerentscheid am 20. Januar.

Hinweisbekanntmachung der Stadt Buchholz i.d.N. • 01/2013

Abstimmungsbekanntmachung zum Bürgerentscheid

Am 20. Januar 2013 findet in der Stadt Buchholz in der Nordheide ein Bürgerentscheid statt. Dieser Bürgerentscheid wird zusammen mit der Wahl zum Niedersächsischen Landtag durchgeführt.

Der Abstimmungstext für den Bürgerentscheid lautet wie folgt: „Soll der Beschluss des Rates der Stadt Buchholz vom 17. April 2012 (DS 11-16/0025.004), der zum Inhalt hat, die Verträge mit dem Landkreis Harburg zum Bau des Ostringes aufzuheben bzw. zu kündigen, zu Ziffer 2.) aufgehoben werden?“

Begründung des eingereichten Bürgerbegehrens:

Die Stadt Buchholz hat mit dem Landkreis Harburg am 31.10.1997/25.11.1997 einen Vertrag über die Planung des Ostringes Buchholz zwischen Buenser Weg und Kreisstraße 28 (Buchholzer Berg) geschlossen. Am 03.09.2001 haben die Stadt Buchholz und der Landkreis Harburg sodann einen Vertrag über den Bau des Ostringes geschlossen.

Das Verwaltungsgericht Lüneburg hat den auf der Grundlage der Verträge zustande gekommenen Planfeststellungsbeschluss vom 13.02.2009 in zwei Verfahren aufgehoben. Diese Urteile sind nicht rechtskräftig, weil der Landkreis Harburg gegen die Nichtzulassung der Berufung Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht eingelegt hat, über die bisher nicht entschieden ist. Im Falle der Rechtskraft der Urteile des Verwaltungsgerichts wären die bisherigen Planungen auf der Grundlage der zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis Harburg bestehenden Verträge abzuändern. Unabhängig vom Ausgang des Gerichtsverfahrens halten es die Initiatoren dieses Bürgerbegehrens nach jahrelangem politischen Streit für geboten, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Buchholz endlich selbst über das Schicksal der Verträge zur Planung und zum Bau des Ostringes entscheiden.

Ein „Ja“ für die Aufhebung des Ratsbeschlusses bedeutet ein Votum für die Beibehaltung der Ver-

träge zur Planung und zum Bau des Ostringes, ein „Nein“ gegen die Aufhebung des Ratsbeschlusses bedeutet, dass es beim Ratsbeschluss bleibt und die Verträge über die Planung und den Bau des Ostringes beendet werden mit der Folge, dass der geplante Bau des Ostringes nicht realisiert wird. Der zur Abstimmung gestellte Ratsbeschluss, Ziffer 2, hat folgenden Wortlaut:

„Der Bürgermeister wird bis zum 31.05.2012 eine Aufhebung der Vereinbarung zwischen der Stadt Buchholz in der Nordheide und dem Landkreis Harburg betreffend den Bau der Umgehungsstraße „Ostring“ vom 03.09.2001 sowie der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Harburg und der Stadt Buchholz in der Nordheide betreffend die Planung des Ostringes Buchholz vom 31.10/25.11.1997 bewirken. Eine einvernehmliche Aufhebung ist anzustreben. Sofern keine Bereitschaft des Landkreises Harburg hierzu besteht, sind die Vereinbarungen außerordentlich zu kündigen.“

Kostendeckungsvorschlag:

Bei der Abstimmung geht es um die Frage, ob – wie vom Rat der Stadt Buchholz am 17. April 2012 beschlossen – bestehende Verträge zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis Harburg beendet werden, oder nicht. Tatsächlich verursachen die Planung und der Bau des Ostringes Kosten, die von der Stadt Buchholz zur Hälfte aufzubringen sind. Soweit es um diese Kosten geht, hat der Rat der Stadt Buchholz bzw. die Stadt Buchholz durch den Abschluss der bestehenden Verträge die Verpflichtungen und die Deckung der Kosten („Sicherstellung durch den städtischen Haushalt“) begründet und vorgegeben. Sofern das Bürgerbegehren erfolgreich ist und es somit bei der derzeit bestehenden vertraglichen Verpflichtung der Stadt Buchholz zur Finanzierung des Ostringes bleibt, sind jedenfalls diese Kosten nicht durch das Bürgerbegehren verursacht.

Die Abstimmung dauert von 8.00 bis 18.00 Uhr.

Die Stadt Buchholz i.d.N. ist in 30 allgemeine Wahl- und Stimmbezirke aufgeteilt. In der Wahl- und/

oder Abstimmungsbenachrichtigungskarte, die jeder wahl- und/oder abstimmungsberechtigte Person bis spätestens zum 30.12.2012 zugestellt wurde, sind der maßgebende Wahl- und Stimmbezirk und Raum angegeben.

Die gesondert berufenen Briefwahl- und Briefabstimmungsvorstände treten am Wahl- und Abstimmungstag um 15.15 Uhr beim Landkreis Harburg (Gebäude B), Schlossplatz 6, 21423 Winsen/Luhe, zur Ermittlung des Briefabstimmungsergebnisses zusammen.

Für die Abstimmung werden folgende Hinweise gegeben:

Bei dem Bürgerentscheid (Abstimmung) hat die abstimmende Person eine Stimme. Der Stimmzettel wird amtlich hergestellt und im Wahl- und Abstimmungsraum bereitgehalten. Er enthält den oben genannten Abstimmungstext und die Möglichkeit, über diesen Bürgerentscheid mit „Ja“ oder „Nein“ abzustimmen. Bei der Stimmabgabe muss die abstimmende Person die Möglichkeiten „Ja“ oder „Nein“ durch Ankreuzen oder in sonstiger Weise zweifelsfrei kennzeichnen. Die Abstimmende / Der Abstimmende hat sich auf Verlangen des Wahl- und Abstimmungsvorstandes über ihre / seine Person auszuweisen.

Wer keinen Wahl- und/oder Stimmschein besitzt, kann seine Stimme nur in dem für ihn zuständigen Wahl- und Abstimmungsraum abgeben.

Die Wahl- und/oder Abstimmungs-scheininhaber/innen können an der Abstimmung nur durch Briefabstimmung teilnehmen. Die Briefabstimmung wird nach folgenden Vorschriften ausgeübt:

1. Die abstimmende Person kennzeichnet persönlich und unbeobachtet den Stimmzettel.
2. Sie legt den Stimmzettel unbeobachtet in den amtlichen gelben Stimmzettelumschlag und verschließt diesen.
3. Sie unterschreibt unter Angabe des Ortes und des Tages die auf dem Wahl- und Abstimmungs-schein vorgedruckte „Versicherung

an Eides statt zur Briefwahl und/oder Briefabstimmung“.

4. Sie legt den verschlossenen amtlichen gelben Stimmzettelumschlag und den unterschriebenen Stimmschein in den roten Wahlbriefumschlag.

5. Sie verschließt den Wahlbriefumschlag.

6. Sie übersendet den Wahlbrief durch die Post an die auf dem Wahlbrief angegebene Adresse.

Der Wahlbrief kann auch im Rathaus der Stadt Buchholz i.d.N. abgegeben werden. Nach Eingang des Wahlbriefes darf er nicht mehr zurückgegeben werden. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahl- und Abstimmungstag bis 18.00 Uhr bei der auf dem Wahlbrief angegebenen Adresse eingehen.

Die Wahl und Abstimmung sind öffentlich. Es hat jedermann zum Wahl- und Abstimmungsraum Zutritt, soweit das ohne Störung des Wahl- und Abstimmungsgeschäfts möglich ist.

Nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches wird bestraft, wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht.

Rechtliche Hinweise zum Bürgerentscheid:

Nach § 33 Absatz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes ist der Bürgerentscheid erfolgreich, dem Bürgerbegehren also entsprochen, wenn die Mehrheit der gültigen Stimmen auf „Ja“ lautet und diese Mehrheit mindestens 25 % der Abstimmungsberechtigten in der Stadt Buchholz i.d.N. (Wahlberechtigte wie für eine Gemeindevahl) beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt das Bürgerbegehren als abgelehnt. Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses. Vor Ablauf von zwei Jahren kann er nur auf Antrag des Rates durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert oder aufgehoben werden.

Buchholz i.d.N., d. 9.1.2013

Der Gemeindeabstimmungsleiter

„Ich vermisse Angaben zu den Kosten und dem potentiellen Nutzen“

Betr.: „Über 40 Jahre Planung für die Ostumgehung Buchholz“ (WOCHENBLATT 01a/2013) - über 20 Jahre Glaubenskrieg um den Ostring.

In der Anzeige der Buchholzer Wirtschaftsrunde versucht diese Interessenvertretung dem Buchholzer Bürger, Wähler und vor allem Steuerzahler ein Produkt namens „Ostumgehung Buchholz“ zu verkaufen. Ich vermisse als umworbener Finanzier in dem länglichen Text jegliche Angaben zu den Kosten und dem potentiellen Nutzen dieses Vorschlags. Wenn mir ein Verkäufer einen Fernseher mit dem Argument verkaufen wollte, er stünde doch schon 40 Jahre im Schaufenster, und wenn er dann noch nicht einmal Angaben zum Preis und den Leistungen macht, würde ich ihn auslachen. Niemand würde sich privat aufgrund wager Versprechen für einen Fernseher entscheiden und dann automatisch das teuerste Modell kaufen, sondern immer nach Alternativen mit einem besseren Preis-/Leistungsverhältnis Ausschau halten. Genau das soll im Mobilitätskonzept mit allen Bürgern geschehen.

In der Online-Ausgabe des WOCHENBLATT wird die gesamte Anzeige der Wirtschaftsrunde im Wortlaut als „Stellungnahme“ des Vorsitzenden Wolfgang Schnitter zitiert und nicht als Anzeige gekennzeichnet. Dies spricht nicht gerade für Ihre objektive Berichterstattung zu diesem Thema und auch nicht für die gebotene journalistisch saubere Trennung von redaktionellen Beiträgen und bezahlten Anzeigen.

Frerk Meyer
Buchholz

Kritik am Infoblatt

Broschüre zum Ostring-Bürgerentscheid sorgt für Verwirrung / Wir helfen

os. Buchholz. „Das Informationsblatt zur gleichzeitigen Stimmenabgabe für oder gegen die Kündigung der Ostringverträge sind so schwammig und irreführend formuliert, dass fast schon von Taktik und Vorsatz gesprochen werden kann.“ So kritisiert der Buchholzer Bürger Horst Erich Kleemann das Schreiben, das er von der Stadt Buchholz erhalten hat.

Das WOCHENBLATT hilft: Wer für den Bau des Ostring ist und möchte, dass die Verträge mit dem Landkreis beibehalten werden, stimmt mit „Ja“. Wer gegen den Ostring ist und die Verträge gekündigt haben möchte, macht sein Kreuz bei „Nein“.

Wie berichtet, sollen die Bürger am 20. Januar darüber abstimmen, ob die Verträge zum Bau der Umgehungsstraße „Ostring“ zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis bestehen bleiben sollen oder nicht. Der Stadtrat hatte im April 2012 mehrheitlich für die Aufhebung der Verträge gestimmt.

Jeder Bürger, der für den Ostring-Bürgerentscheid und die



Das Muster: Wer den Ostring will, muss mit „Ja“ stimmen

gleichzeitig stattfindende Landtagswahl Briefwahl-Unterlagen beantragt hat, hat das DIN-A-4-Schreiben erhalten. Am Wahltag werden die Informationen auch in den Wahlbüros zu finden sein. Problem: Die wichtigste Information ist so verklausuliert, dass schnell das Kreuz dort gemacht ist, wo es eigentlich nicht hin sollte.

Das Informationsschreiben ist

in Behördendeutsch formuliert, das für den Normalbürger oder denjenigen, der nicht seit Jahren hundertprozentig im Thema ist, nur schwer verständlich ist. „Wir müssen gewisse Passagen veröffentlichen, weil wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Das macht das Ganze relativ komplex“, sagt Stadtsprecher Heinrich Helms. Eine glatte Untertreibung. U.a. wird die Begründung des Bürger-Begehrens und der Ratsbeschluss im Wortlaut veröffentlicht.

Befürworter wie Gegner erhoffen sich von dem Votum eine klare Richtung, wie die Bürger zum Ostring stehen. Ein klares „Ja“ bedeutet zwar nicht den Bau der Umgehungsstraße, könnte von der derzeitigen rot-bunten Mehrheit im Rat aber auch nicht ignoriert werden, sagen Beobachter.

- Derweil gehen die Scharmützel zwischen Ostring-Befürwortern und -Gegnern weiter. Unbekannte zerstörten am vergangenen Wochenende drei Banner, mit denen die Initiative „Pro Ostring“ für ihre Sache warb.

Hält der Ostring den Gerichten stand?

Wie ist die jetzige Verfahrenslage?

Gegen das Planfeststellungsverfahren des „Ostringes“ haben mehrere Bürger unserer Stadt beim Verwaltungsgericht Klage erhoben.

Das Verwaltungsgericht hat in einzelnen Bereichen die Planung nach seiner Auffassung als mangelhaft oder

unzulässig erachtet und mit seinem Urteil daraufhin das gesamte Planfeststellungsverfahren als nicht zulässig erklärt.

Weiterhin hat das Gericht keine Rechtsmittel (wie z.B. Berufung) gegen seine Entscheidung zugelassen.

Hiergegen, also gegen die Nichtzulassung der Berufung,

hat die zuständige Planungsbehörde, der Landkreis Harburg, Beschwerde eingelegt mit dem Ziel auf Zulassung der Berufung.

Dieses Verfahren ruht zur Zeit auf Antrag des Landkreises Harburg.

Dies hat zur Folge, dass das Urteil des Verwaltungsgerichtes noch nicht rechtskräftig ist.

Der Landkreis wartet nun das Ergebnis unseres Bürgerentscheides in Buchholz ab, um dann seine weitere Vorgehensweise festzulegen.

Nur ein **eindeutiges** Votum der Bürger für die Aufrechterhaltung der Verträge zwischen dem Landkreis Harburg und der Stadt Buchholz und somit auch ein Votum

für den „Ostring“ werden den Landkreis Harburg dazu bewegen, das Beschwerdeverfahren auf Zulassung der Berufung weiterzuführen.

Dies heißt für alle Buchholzer Bürger:

**Machen Sie am
20. Januar von Ihrem
Stimmrecht Gebrauch
und stimmen Sie mit „JA“!**

V.I.S.D.P.: Wolfgang Schnitter, 1. Vorsitzender

www.buchholzer-wirtschaftsrunde.de

**BUCHHOLZER
Wirtschaftsrunde**



- Anzeige -

„Kernentlastung über Bypass entlang der Bahn ist zielführender“

Betr.: „Über 40 Jahre Planung für die Ostumgehung Buchholz“ (WOCHENBLATT 01a/2013) - über 20 Jahre Glaubenskrieg um den Ostring.

Die Wirtschaftsrunde beruft sich in ihrer Argumentation für eine östliche Ortsumgehung auf Planungen aus den Sechziger Jahren. Seinerzeit war der Individualverkehr Ziel aller Planungen. Jeder sollte mit dem Auto schnell überall hin kommen. Möglichst jeder sollte einen direkten Zugang zur Autobahn haben.

Verkehrsteilnehmer sind heute um ein Vielfaches flexibler. Die Zahl von 1,6 Mio. Nutzern des Buchholz Busses und die Anzahl genutzter Fahrrad-Abstellanlagen sprechen Bände.

Heutige Verkehrsplaner nutzen bei aktuellen Planungen vorhandene Infrastruktur besser aus und vermeiden unnötigen Landschaftsverbrauch. Zudem wird heute darauf geachtet, Verkehre dahin zu leiten, wo die Infrastruktur vorhanden ist und nicht an den Ortschaften vorbei. Insofern ist die von einigen Buchholzer Bürgern in die Diskussion gebrachte Kernentlastung über einen Bypass entlang der Bahn zielführender als ein Festhalten an jahrzehntealten Planungen.

Die Wirtschaftsrunde irrt, wenn sie behauptet, dass es keine hinreichenden Gründe zur Kündigung der Verträge mit dem Landkreis Harburg gibt. Das Verwaltungsgericht in Lüneburg hat den Planfeststellungsbeschluss für eine östliche Ortsumgehung ohne die Zulässigkeit einer Revision aufgehoben. Folgerichtig ist vom Buchholzer Rat die Kündigung der Verträge wegen Wegfall der Vertragsgrundlagen beschlossen worden.

Joachim Zinnecker
Bündnis 90/Die Grünen
Buchholz

Der Ostring ist keine Lösung!

Stimmen Sie beim

Bürgerentscheid

am 20.01.2013 mit:

NEIN



www.ostring-buchholz.de

Nordheide Wochenblatt vom 16. Januar 2013

Nordheide Wochenblatt vom 19. Januar 2013

FDP Verkehrsprobleme endlich anpacken!

- Stau raus - Ostring für Buchholz
- Lärmschutz für Hollenstedt
- Verkehrsentlastung für Tostedt
- Bessere Bahnverbindung für alle

www.fdp-buchholz.de

Dr. Martin Pries

FDP - Die Liberalen - Liste 3



**Jetzt entscheiden Sie
im Bürgerentscheid
am 20.01.**

JA

ja für eine **lebenswerte
Innenstadt**

ja für 50% **Kostenbeteiligung**
des Landkreises

ja für das **Ende** von Dauerstaus

Mit freundlichem Gruß
O. Brandt; H. Meyer; J. Schleif

MUT ZUR VERANTWORTUNG  **CDU**

www.cdu-niedersachsen.de

Nordheide Wochenblatt vom 16. Januar 2013

Ostring, ja bitte, aber nicht diesen!

Warum Buchholz und die Region einen Ostring brauchen, die vorhandene Planung aber nicht taugt

Vielen Politikern und Bürgern ist ihr Ja oder Nein zum Ostring längst zum Dogma geworden. Nicht selten geprägt von persönlichen Interessen. So erhoffen sich die Anlieger der Mühlenwege Entlastung vom Durchgangsverkehr, die Bewohner der Märchensiedlung und des Wohngebietes „An Boerns Soll“ fürchten den Lärm der geplanten Trasse.

Jenseits dieser Interessenlagen haben sich die Rahmenbedingungen für eine neue Straße im Buchholzer Osten in den vergangenen 30 Jahren entscheidend verändert. In Holm-Seppensen hat sich die Einwohnerzahl verdoppelt, die Zahl der Autos verdreifacht. Nicht ganz so krass, aber ähnlich ist die Entwicklung in den Dörfern östlich von Buchholz verlaufen. Schierhorn und Wesel haben große Baugebiete

ausgewiesen, die Jesteburger Ortsteile Itzenbüttel, Osterberg und Wiedenhof/Lüllau sind - kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen - zu teilweise dichten Wohnquartieren vor allem für Hamburger Besserverdienende geworden.

Wer aus diesen Orten kommt, fährt entweder über Jesteburg mit dem Nadelöhr „Einmündung Hauptstraße“ oder durch die Buchholzer Innenstadt zur Autobahn.

Die Folge: Die Aufstellspuren auf der Canteleubrücke fassen den Verkehr nicht mehr - und das nicht nur während der Rush Hour.

Ähnlich sieht es auf der Bendestorfer Straße aus. Der Verkehr aus Richtung Klecken hat sich vervielfacht. Dazu tragen auch Buchholzer Pendler bei, die

so dem Stop-and-go-Verkehr auf der Hamburger Straße ausweichen wollen.

An diesen Tatbeständen wird auch eine verbesserte Verkehrslenkung in Buchholz entscheidend

nichts ändern können (wobei hier durchaus Potential vorhanden

ist). Im Gegenteil: Alles spricht dafür, dass Buchholz und seine Umgebung als Teil der Hamburger Metropolregion weiter wachsen werden - mehr Häuser, mehr Menschen, mehr Autos, mehr Verkehr. Eine S-Bahn nach Hamburg könnte die Situation entschärfen, ob sie einmal kommt, steht in den Sternen.

Mein persönliches Fazit: Ich habe über viele Jahre die Ostringplanung mit Skepsis verfolgt. Inzwischen muss ich ein-

räumen: Die Planer haben die zukünftige Entwicklung besser vorausgesehen als ich.

Eines steht aber für mich fest: Die aktuelle Planung, bei der allein sechs neue Brückenbauwerke jeglichen Querungsverkehr ausschließen sollen und bei der bis zu vier Meter hohen Wälle die Landschaft zerschneiden, ist überdimensioniert. Und eine Streckenführung, die nicht an den vorhandenen Nordring anschließt, sondern die Gewerbegebiete I und II und das Fachmarktzentrum abhängt, kann nicht im Sinn der Stadt Buchholz sein. Deshalb mein Appell an die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik: Unabhängig vom Ausgang des Bürgerentscheids, baut einen Ostring, aber nicht diesen!

Reinhard Schrader

Kommentar

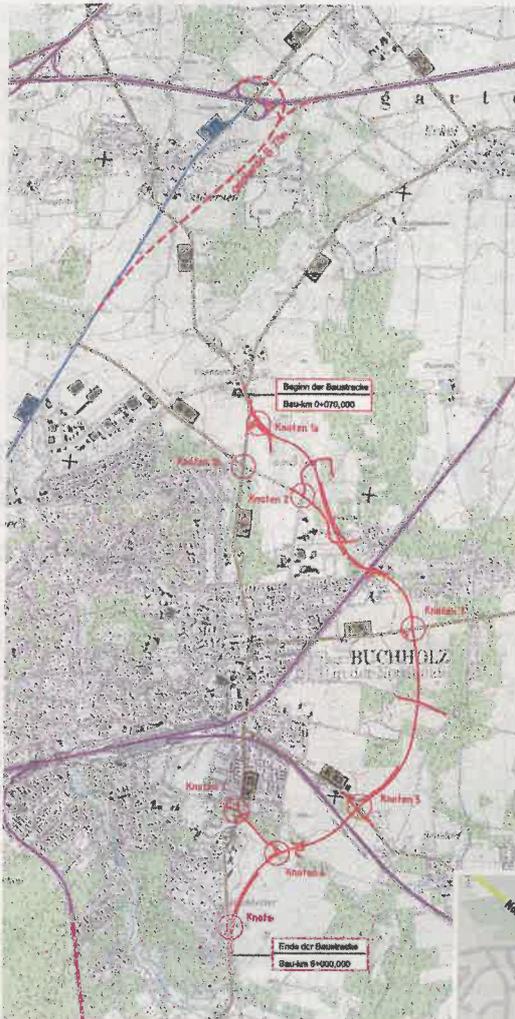
Worüber Sie entscheiden!

Der Buchholzer Ostring: Ja oder Nein? Eine Frage ohne die ganz einfache Antwort

rs. Buchholz Beim ersten Bürgerentscheid in der Stadtgeschichte stimmen die Buchholzer über ein Thema ab, das seit mehr als 30 Jahren ihre Stadt spaltet wie kein anderes: den Ostring.

Historie: Für die rund sechs Kilometer lange Umgehungsstraße zwischen dem Ortsausgang Seppensen und Ortseingang Vaensen liegen seit Jahren fix und fertige Pläne vor. Es ist bereits die zweite Planung, nachdem ein erster Ostring-Anlauf Mitte der 90er Jahre scheiterte. Der Landkreis schätzt die bisher angefallenen Kosten auf 2 bis 2,5 Mio. Euro. Die Gesamtkosten für den Ostring werden derzeit mit 18 bis 20 Mio. Euro angegeben. Für die aktuelle Planung werden rund 5 Hektar Fläche in Anspruch genommen. Trassenbreite: 20 Meter. Landschaftsverbrauch: 20 Hektar. Für eine Gesamtfläche von 633 Hektar ist ein Flurbereinigungsverfahren durchgeführt worden. Das heißt, durch die Straße zerschnittene Grundstücke sind sinnvoll neu aufgeteilt worden.

Kurz nach dem offiziellen Baustart für den Ostring im Herbst 2011 hat das Verwaltungsgericht Lüneburg den Bau gestoppt. Anlass waren drei Klagen, darunter die des Buchholzer Landwirtes Heinrich Behr, über dessen Flächen der Ostringzubringer „Heidekamp“ führen sollte. Der Landkreis wollte den von Behr verlangten Quadratmeterpreis nicht zahlen, betrieb deshalb ein Enteignungsverfahren. Behr zog



Die Ostringplanung des Kreises: Von Seppensen im Süden bis Vaensen im Norden verläuft die Trasse. Kleines Foto: So könnte eine Alternative-Trasse verlaufen, die die Opposition vorschlägt

vor Gericht und obsiegte. Die Richter in Lüneburg stellten in ihrem Urteil derart gravierende Planungsmängel fest, dass sie die Gesamtplanung kassierten und sich mit den weiteren Klagen nicht mehr beschäftigten. Gegen die Entscheidung sind noch Rechtsmittel möglich. Auf Antrag des Kreises ruht das Verfahren derzeit.

Funktion: Über den Ostring soll sowohl der Verkehr aus Holm-Seppensen als auch aus den östlich von Buchholz lie-

genden Ortschaften zum Autobahnanschluss Dibbersen und in das Buchholzer Fachmarktzentrum an der B 75 fließen. Der Ostring wird unter zwei Bahnstrecken hindurchgeführt und mit Kreisverkehren an die Lüneburger- und Bendestorfer Straße angebunden. Bei 7.000 bis 8.000 Fahrzeugen pro Tag soll die anfängliche Auslastung liegen. Der Entlastungseffekt für die Buchholzer Innenstadt ist in der Politik und bei Experten strittig. Der Ostring ist auch vorgesehen als Erschließungsstraße für große Baulandflächen, über die die Stadt Buchholz im Osten der Stadt verfügt. Ein Teil dieser Baugebiete würde über einen Ostring-Zubringer erschlossen, der in der aktuellen Planung der

Aber. SPD, Grüne und die überhaupt nur über dieses Thema in den Rat eingezogene Buchholzer Liste lehnen die geplante Trasse ab. Sie wollen die unbestrittenen Buchholzer Innenstadt-Verkehrsprobleme mit einem Bündel anderer Maßnahmen lösen - darunter die zweispurige Öffnung des Mühlentunnels und möglicherweise einem Ostring „light“, der von der Canteleubrücke bis zum vorhandenen Nordring führen soll.

Fachleute: Stadtplaner und Verkehrsexperten wie der frühere Hamburger Stadtplaner Friedrich W. Ritzmann halten eine Ostumgehung für zwingend erforderlich, lehnen aber die vorhandene Planung als landschaftszerschneidend und überdimensioniert ab. Besonders, dass die neue Umgehung an keiner Stelle von vorhandenen Wegen gequert werden soll, sei unnötig und kontraproduktiv. Viele Wege würden so abgeschnitten, für andere sind aufwendige Brückenbauwerke geplant. Hier warnt der Experte vor hohen Folgekosten für den Steuerzahler.

Bürgerentscheid: Der Bürgerentscheid am Sonntag ist nur indirekt eine Entscheidung über die Realisierung des Ostrings. Die Buchholzer entscheiden vielmehr darüber, ob die vorhandene Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis bestehen bleiben oder - wie vom Stadtrat bereits beschlossen - gekündigt wird. Sollte der Vertrag gekündigt werden, müsste Buchholz eine eventuelle Ostring-Alternative wesentlich aus eigenen Mitteln finanzieren.

Fazit: Die Politik erhofft sich von dem Bürgervotum eine Entscheidungshilfe. Landrat Joachim Bordt hat wiederholt betont, gegen den Willen der Buchholzer Bürger werde der Landkreis die neue Kreisstraße nicht bauen.



Anbindung einer Kiesgrube dienen soll.

Politik: In der Frage des Ostrings ist der Buchholzer Stadtrat seit Jahr und Tag gespalten. CDU und FDP wollen die neue Ostumgehung ohne Wenn und

Ostring Buchholz: die Entscheidung?

Am Sonntag Bürgerentscheid / Fragestellung unklar!

rs. Buchholz. Im Rahmen der Landtagswahl sind rund 30.000 Buchholzer am Sonntag aufgerufen, den Endlos-Streit um eine Buchholzer Ostumgehung zu beenden. Vorweg: Wer den Buchholzer Ostring will, muss mit „Ja“ stimmen, wer ihn ablehnt mit „Nein“. In den Briefwahlunterlagen und auf den Stimmzetteln ist das nicht völlig klar. Bei dem Bürgerentscheid geht es formal darum, ob die

aktuellen Verträge der Stadt Buchholz mit dem Landkreis bestehen bleiben oder nicht. Das Verwaltungsgericht hat 2012 den Ostring-Bau gestoppt. Die rot-bunte Ratsmehrheit kündigte daraufhin die Verträge mit dem



Wer für den Ostring ist, kreuzt „Ja“ an, wer dagegen ist „Nein“

Kreis. Der Kreistag nahm die Kündigung nicht an. Gleichzeitig beantragten Buchholzer Bürger das Bürgerbegehren, das - von CDU und FDP unterstützt - zum Bürgerentscheid führen soll. Alle Infos zum Thema Ostring auf Seite 3

Der **Ostring** ist keine Lösung!

Stimmen Sie beim

Bürgerentscheid

am 20.01.2013 mit:

NEIN



www.ostring-buchholz.de

FDP

Gehen Sie am 20.1. wählen

Die Überwältigen

**FDP muss
wieder in den
LANDTAG!**



Dr. Martin Pries

Zweitstimme FDP!



+ OSTRING

JA



Sonntag, den 20. Januar
GEHEN SIE WÄHLEN!

OSTRING



WAHLTAG 20. JANUAR

LANDTAGSWAHL

OSTRING

FDP

CDU

**RICHTIGE
ENTSCHEIDUNG!**



Jetzt haben die Bürger das Wort!

Am kommenden Sonntag, den 20. Januar 2013, können die Buchholzer Bürger erstmals direkt zu dem Thema „Ostring“ Stellung nehmen. Geklärt werden muss die Frage, ob die Verträge über den Bau des Ostringes zwischen dem Landkreis Harburg und der Stadt Buchholz weiter bestehen bleiben sollen oder aufgehoben werden.

In unserer kurzen städtischen Ge-

schichte ist es der erste Bürgerentscheid, der in Buchholz zur Durchführung kommt.

Der Bürgerentscheid gilt als ein demokratisches Instrument, mit dem der Bürger über einzelne politische Sachverhalte entscheiden kann und dessen Ergebnis für die kommunalen Parlamente bindend ist.

Ein derartiges politisches Mittel sollte mit viel Bedacht eingesetzt werden,

da es sich ansonsten in seiner Wirkung schnell abnutzen wird und der Bürgerentscheid als basisdemokratisches Instrument seine Bedeutung verliert.

Eine über 40 Jahre währende Planung für eine östliche Umgehung um unsere Stadt ist ein berechtigter Anlass den Buchholzer Bürger an dieser wichtigen und zukunftsweisenden Entscheidung zu beteiligen.

Unsere politischen Mandatsträger

haben einen zum Wohle unserer Stadt benötigten Konsens oder Kompromiss nicht zustande gebracht – helfen wir ihnen mit unserer Stimme.

Die Buchholzer Wirtschaftsrunde ist gegen einen weiteren verkehrspolitischen Stillstand in unserer Stadt.

**Machen Sie am 20. Januar
von Ihrem Stimmrecht Gebrauch
und stimmen Sie mit JA!**

V.I.S.D.P.: Wolfgang Schnitter, 1. Vorsitzender

www.buchholzer-wirtschaftsrunde.de

BUCHHOLZER
Wirtschaftsrunde



- Anzeige -

Ostring und Elbbrücke stehen zur Wahl

In Buchholz und Lüneburg stimmen die Bürger am Sonntag nicht nur über den neuen Landtag ab, sondern auch über lokale Projekte

CAROLIN GEORGE
CHRISTIANE TAUER

BUCHHOLZ/LÜNEBURG :: Nicht nur eine Wahl, sondern mehrere haben die Wähler am Sonntag im Landkreis Lüneburg und in der Stadt Buchholz. Sie entscheiden nicht nur über die zukünftige Landesregierung von Niedersachsen, sondern machen ihr Kreuz gleichzeitig auch für oder gegen verschiedene geplante Projekte in ihrer Region.

Ostring, ja oder nein? Vor dieser Frage stehen die Bürger in Buchholz. Tatsächlich geht es dabei aber nicht um den Bau des Ostrings an sich, sondern lediglich darum, ob die Verträge mit dem Landkreis zu der seit Jahrzehnten umstrittenen, östlich der Stadt verlaufenden Umgehungsstraße bestehen bleiben sollen.

Der genaue Wortlaut des Bürgerentscheids ist folgender: „Soll der Beschluss des Rates der Stadt Buchholz vom 17. April 2012, der zum Inhalt hat, die Verträge mit dem Landkreis Harburg zum Bau des Ostringes aufzuheben beziehungsweise zu kündigen, aufgehoben werden?“

In dieser relativ kompliziert klingenden Formulierung steckt bereits das ganze Dilemma des Entscheids. Vielen Bürgern ist nicht eindeutig klar, ob sie mit Ja oder Nein stimmen sollen. Deshalb lässt sich die einfache Formel anwenden: Wer die Verträge beibehalten will, weil er für den Ostring ist, stimmt mit Ja, wer dagegen ist, stimmt mit Nein.

Vorausgegangen ist dem Bürgerentscheid ein Bürgerbegehren. Die Initiatoren und Ostring-Befürworter Timo Hanke, Michael Kreidner und Marion Riebesehl hatten im vergangenen Jahr dafür knapp 5000 Unterschriften gesammelt. Die Meinung der Bürger zu diesem politischen Zankapfel sollte endlich gehört werden, so ihre Ansicht. Unterstützung für ihre Aktion gibt es von CDU, FDP und UWG – also den Par-

teien, die sich ebenfalls für den Ostring stark machen, aber zuletzt bei der Abstimmung über die Landkreis-Verträge in der Minderheit waren.

Dass vielen Bürgern die feine Unterscheidung zwischen Ostring und den Verträgen zum Ostring gar nicht hundertprozentig klar ist, werten die Initiatoren nicht unbedingt als negativ. Sie hoffen, dass möglichst viele Ostring-Befürworter ihr Kreuz bei Ja machen und das Votum für die Politiker ein Signal ist, an der Planung indirekt festzuhalten.

Damit der Bürgerentscheid rechtskräftig ist, müssen mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten ihr Kreuz bei Ja machen.

Das wiederum würde aus Sicht der Ostring-Gegner das einhellig getroffene Ziel konterkarieren, mit dem in Kürze startenden Mobilitätskonzept ergebnisoffen in die Beratungen zur Verkehrssituation in Buchholz zu gehen.



Reicht die Fähre über die Elbe oder muss eine Brücke her? Diese Frage steht in Lüneburg an Foto: Brinkmann

So oder so, ob der Bürgerentscheid am Ende rechtskräftig ist, hängt von der Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung ab. Vorgabe im Land Niedersachsen ist, dass mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten ihr Kreuz bei Ja machen müssen. In Buchholz wären das 8100 Personen.

Was Lüneburg betrifft, zunächst ein Hinweis auf die besondere Situation im Wahlkreis: Da die Kandidaten von CDU und SPD, Dr. Bernd Althusmann und Andrea Schröder-Ehlers, über die Listen ihrer Parteien abgesichert sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit auf diesem Wege wieder in den Landtag einziehen werden, haben die Wähler in Lüneburg die große, landesweit seltene Chance, per Direktmandat einen dritten Repräsentanten aus ihrer Region in den Landtag nach Hannover zu schicken.

Doch jetzt zur Bürgerbefragung: Das Thema einer neuen Brücke über die Elbe zwischen Darchau und Neu Darchau beschäftigt die Menschen in der Region beinahe seit der Wiedervereinigung, ob sie nun Bürger oder Politiker sind. Es gibt Bürgerinitiativen für und gegen die Brücke ebenso wie Demonstrationen dafür und dagegen. Es gibt Fackeln, die am Elbufer leuchten, es gibt Kritiker, die vor uneinschätzbaren Kosten warnen, die auf den Landkreis zukommen. Es gibt Leute, die sagen, die Fähre reicht, und Leute, die sagen, ohne Brücke hat die östliche Seite des Landkreises, am anderen Ufer der Elbe, keine Chance.

Zwölf Jahre ist es her, dass der Kreistag eigentlich den Bau einer Brücke beschlossen hat. Eigentlich. Seither haben sich die kalkulierten Kosten verdoppelt, sie liegen derzeit bei rund 45 Millionen Euro. Wie viel die Querung wirklich kosten wird, lässt sich erst durch detaillierte Planungen sagen – doch die werden erst in Gang gesetzt, wenn die Politiker eine endgültige Entscheidung getroffen haben – auf Grundlage der Bürgerbefragung.



Bereits seit Jahrzehnten beschäftigt der Buchholzer Ostring die Bürger. Die Trasse soll östlich der Stadt verlaufen und die Innenstadt vom Verkehr entlasten Grafik: HA

Bürger stimmen für Ostring und neue Elbbrücke

In Buchholz und im Landkreis Lüneburg wurden die Wähler zu Verkehrsprojekten befragt

Buchholz/Lüneburg. Das eindeutige Ergebnis beim Buchholzer Bürgerentscheid zu den Ostring-Verträgen hat sogar die Erwartungen der Initiatoren klar übertroffen. 61,8 Prozent der Wähler stimmten mit Ja, 38,2 Prozent mit Nein. Damit haben sich laut vorläufigem Endergebnis 12 671 Bürger dafür ausgesprochen, dass die Stadt Buchholz die Ostring-Verträge mit dem Landkreis Harburg nicht kündigt. Notwendig wären lediglich 8100 Stimmen gewesen.

"Wir sind total überrascht und hoffen nun, dass die Politiker das Votum der Bürger annehmen", sagt Mit-Initiator und Ostring-Befürworter Timo Hanke. Die Planungen müssten zügig wieder aufgenommen werden. Derzeit ruht das Verfahren, da das Verwaltungsgericht Lüneburg die Pläne als unzulässig kritisiert hat und eine Beschwerde nicht zuließ.

Aus Sicht der Ostring-Gegner krankte der gesamte Bürgerentscheid an der irritierenden Formulierung des Textes. "Die Verträge waren doch nur vorgeschoben, eigentlich ging es um den Ostring an sich", sagt Michael Zuther, Vorsitzender der Bürgerinitiative Ostring (BIO). Die Umgehungsstraße sei eine verdeckte Erschließungsstraße für neue Baugebiete, die BIO werde nicht aufgegeben, dagegen zu kämpfen.

Stadt Buchholz und Landkreis Harburg kündigen derweil an, nun gemeinsam beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg den Antrag auf Zulassung zur Berufung zu stellen, damit die Ostring-Pläne doch zugelassen werden.

Im Landkreis Lüneburg stimmten am Sonntag 49,5 Prozent der Teilnehmer an einer Bürgerbefragung dafür, dass die Planungen für eine neue Elbbrücke bei Neu Darchau fortgesetzt werden - ohne Kompromisse. Weitere 22,4 Prozent wollen die Brücke unter der Voraussetzung, dass der Kostenanteil des Landkreises Lüneburg zehn Millionen Euro nicht übersteigt. 28,1 Prozent stimmten mit Nein.

Zur Brücke äußerten sich insgesamt 47,2 Prozent der Wähler - längst nicht jeder, der für die Landesregierung Kreuze machte, tat das auch auf dem rosa Brücken-Bogen. Landrat Manfred Nahrstedt (SPD) sieht nun das Land gefragt und fordert mehr Geld von der zukünftigen Regierung: Jetzt gebe es ein starkes Votum und ein klares Ja der Bürger, "jetzt sehe ich das Land in der Pflicht sich zu bewegen, denn der Landkreis kann die Kosten für die Brücke nicht alleine tragen." Die Bürgerinitiative "Ja zur Fähre - Nein zur Brücke" interpretiert das Ergebnis völlig anders: "Mehr als die Hälfte der Abstimmenden ist gegen die Brücke oder nur mit Einschränkungen dafür." Der Kostenanteil von zehn Millionen sei zudem längst überschritten.

Gegner lieferten die Steilvorlage

Christiane Tauer

Welchen Sinn hat jetzt noch das Mobilitätskonzept? Diese Frage stellen sich in Buchholz sicherlich viele Bürger - und vor allem die Ostring-Gegner. Auch wenn der Bürgerentscheid indirekt ein klares Votum für den Bau der seit Jahrzehnten umstrittenen Umgehungsstraße ergeben hat, sollte in dem breit angelegten Beteiligungsverfahren ja eigentlich ergebnisoffen nach Lösungen für die missliche Verkehrssituation in Buchholz gesucht werden. Ob das jetzt noch so ergebnisoffen wie geplant geschieht, wird sich zeigen. Viel hängt dabei von dem Verhalten der jeweiligen Lager ab. Wenn die Ostring-Befürworter das Mobilitätskonzept aber schon jetzt lediglich als Ergänzung zum Ostring abtun, stehen die Chancen auf Objektivität eher schlecht.

Die erhoffte gute Zusammenarbeit trüben dürfte zudem die Ankündigung von Stadt und Landkreis, bei Gericht jetzt den Antrag auf Zulassung der Berufung zu stellen. Die Pläne für den Ostring sollen endlich rechtskräftig werden, so der Tenor.

Ironie des Schicksals ist es, dass die Ostring-Gegner um SPD und Grüne mit ihrem interfraktionellen Antrag vor etwa einem Jahr gerade das verhindern wollten. Tatsächlich lieferten sie damit erst die Steilvorlage für den Bürgerentscheid. Der bezog sich ja bekanntlich auf den zum Antrag gehörenden Ratsbeschluss, der besagt, dass die Verträge gekündigt werden sollen. Die Politiker dürften sich nun ärgern, dass sie nicht einfach in Ruhe das Mobilitätskonzept abgewartet haben.

„Das Votum gibt uns Rückenwind“

Stimmen zum Ostring-Bürgerentscheid: Befürworter drängen auf schnelle Fortsetzung der Planungen

os. Buchholz. Die Deutlichkeit des Votums beim Bürgerentscheid zum Ostring hat die Politiker aller Parteien überrascht. WOCHENBLATT-Redakteur Oliver Sander hat Stimmen eingeholt:



Klaus Gütlbauer

Klaus Gütlbauer, Fraktionsvorsitzender der CDU: „Das Ergebnis ist ein starkes Stück und gibt uns jede Menge Rückenwind.“

Wir werden den Bürgermeister auffordern, schnell Klarheit über das weitere Vorgehen zu schaffen. Wir werden mit Argusaugen beobachten, dass es nicht zu weiteren Verzögerungen kommt.“

Wolfgang Niesler, Fraktionsvorsitzender der SPD: „Wir werden selbstverständlich dem Willen der Bürger nachkommen und nach einer Lösung für



Wolfgang Niesler

den Ostring suchen. Er muss Teil einen Ganzen werden und sich in das Mobilitätskonzept einfügen. Klar ist, dass der Ostring in der geplanten Version keine Chance hat.“

Joachim Zinnecker, Fraktionsvorsitzender der Grünen: „Dieses Votum bringt Buchholz leider nicht weiter, sondern wird die Fronten weiter verhärten. Es ist ja mitnichten so, dass der Ostring in der geplanten Variante jetzt gebaut werden kann. Ich gehe davon aus, dass die Klagen gegen den Bau



Joachim Zinnecker

jetzt durchgezogen werden. Zudem bleibt die Frage der Finanzierbarkeit ungeklärt. Wir haben im aktuellen Haushalt gesehen, dass trotz sprudelnder Steuereinnahmen der finanzielle Spielraum für Investitionen sehr gering ist.“

Arno Reglitzky, Fraktionsvorsitzender der FDP: „Ich bin überwältigt von dem Votum der Bürger. Das ist ein deutliches Signal, jetzt endlich tätig zu werden. Die Trasse sollte beibehalten werden. Über die Ausführungsplanung kann man sicherlich sprechen. Wir bestehen nicht auf der geplanten Variante mit kreuzungsfreien Übergängen.“

Karsten Müller, Sprecher der Buchholzer Liste: „Wir respektieren den Wunsch der



Arno Reglitzky

Bürger, einen Teil der Verkehrsnetzlattung über die Straße zu regeln. Ich hoffe, dass Gegner und Befürworter zu einem Kompromiss finden. Dazu müssen sich beide Seiten bewegen.“

Timo Hanke, Mit-Initiator des Bürgerentscheides: «Ich freue mich wahnsinnig über den Zuspruch den wir erhalten haben. Ich erwarte jetzt von den Politikern, dass sie bei der Lösung ihre Egos zur Seite schieben und im Sinne der Bürger agieren.»



Karsten Müller

Timo Hanke, Mit-Initiator des Bürgerentscheides: «Ich freue mich wahnsinnig über den Zuspruch den wir erhalten haben. Ich erwarte jetzt von den Politikern, dass sie bei der Lösung ihre Egos zur Seite schieben und im Sinne der Bürger agieren.»



Timo Hanke

„Verfahren bald wieder aufnehmen“

Interview mit Bürgermeister Wilfried Geiger zum Ausgang des Ostring-Bürgerentscheides

os. Buchholz. Die Buchholzer haben sich beim Bürgerentscheid unerwartet deutlich für den Ostring ausgesprochen. Im Interview mit WOCHENBLATT-Redakteur Oliver Sander erklärt Bürgermeister Wilfried Geiger, wie es mit den Planungen weitergeht.

WOCHENBLATT: Haben Sie mit der Mehrheit für den Beibehalt der Ostring-Verträge gerechnet?

Wilfried Geiger: Ja. Ich hatte 60 Prozent Ja- und 40 Prozent Nein-Stimmen erwartet. Und so ist ja auch ziemlich genau gekommen.

WOCHENBLATT: Was sind die nächsten Schritte? Wie wird der Ratsbeschluss aus dem April 2012 zur Kündigung der Ostring-Verträge aufgehoben?

Geiger: Rechtlich ist mit dem Votum der Bürgerinnen und Bür-

ger vom Wahlsonntag der Ratsbeschluss vom April vergangenen Jahres aufgehoben: Der Bürgerentscheid ersetzt den Ratsbeschluss. Das wird mit der Feststellung des amtlichen Endergebnisses in einer Drucksache zusammengefasst und kundgetan. Zudem darf der Rat zwei Jahre lang keinen Beschluss fassen, der dem Bürgerentscheid entgegensteht.

WOCHENBLATT: Wann werden die Planungen zum Ostring-Bau wieder aufgenommen?

Geiger: Die Planungen sind



Zufrieden: Rathauschef Wilfried Geiger

fertig. In Kürze wird in Abstimmung mit dem Landkreis das juristische Verfahren - das ja derzeit ruht - wieder aufgenommen.

WOCHENBLATT: Wie wird sich das Votum der Buchholzer Bürger auf die Gerichtsentscheidungen auswirken?

Geiger: Das Gericht wird die Argumente für und wider die Planung zum Ostring abzuwägen haben. Nach meiner Auffassung wird es seine Entscheidung allein von der juristischen Bewertung dieser Argumente abhängig machen.

WOCHENBLATT: Beeinflusst die Ostring-Entscheidung die Planungen zum Ausbau des

Mühlentunnels?

Geiger: Ich denke nicht. Ich habe immer gesagt, dass beide Projekte für die Stadt von eminenter Bedeutung sind. Sollte die Planfeststellung des Ostring in diesem oder im kommenden Jahr vor dem Gericht Bestand haben, dürften beide Großprojekte recht zeitnah umsetzbar sein. Denn beide Baumaßnahmen beeinflussen schließlich maßgeblich die Entwicklung unserer Stadt. Das gilt sowohl fürs Wohnen - ich denke dabei etwa an die Rütgersfläche - als auch für die Kernstadt mit den Themen Erweiterung der Fußgängerzone, Erreichbarkeit des Bahnhofs und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

WOCHENBLATT: Herr Geiger, vielen Dank für das Interview.

Die Buchholzer wollen den Ostring

rs. Buchholz. Die Spekulation hat ein Ende: Die meisten Buchholzer wollen den Ostring. Beim ersten Bürgerentscheid in der Nordheidestadt hat sich eine deutliche Mehrheit für die geplante Umgehungsstraße entschieden. Damit zwingen die Bürger den Stadtrat zur Aufhebung eines Ratsbeschlusses, der vorsieht, die Verträge zwischen Stadt und Landkreis zum Bau der Umgehungsstraße zu kündigen. Seite 3

Erster Buchholzer Bürgerentscheid

Der Ostring hat Zukunft!

61,8 Ja-Stimmen, 38,2 Nein-Stimmen - deutliche Mehrheit will die neue Umgehungsstraße

rs. Buchholz. Der Bürgerentscheid über die Zukunft des Buchholzer Ostrings hat ein klares Ergebnis. Bei einer Wahlbeteiligung von 65,1 Prozent stimmten 61,8 Prozent der Wahlberechtigten für den Bestand der Ostring-Verträge zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis Harburg. In diesen Verträgen wird sowohl die Trassenführung als auch die Finanzierung geregelt. Erstmals liegt mit dem Bürgerentscheid ein Votum aller interessierten Buchholzer in Sachen Ostring auf dem Tisch - jenseits aller persönlichen Befindlichkeiten.

Wie berichtet, wollte die bunte Buchholzer Stadtratsmehrheit, getragen von SPD und Grünen, die Verträge mit dem Landkreis kündigen und so den Ostring beerdigen - wenn nicht für immer, so doch für lange Zeit. Jetzt ist die Ratsmehrheit für die nächsten zwei Jahre an das Votum der Bürger gebunden.

Doch die neue Umgehungsstraße, für die schon vor zwei Jahren der Baustart erfolgte, ist auch nach dem Bürgerentscheid kein Selbstgänger. Die größte Hürde: Eine Klage des



Photo: archiv

Startschuss für den Bürgerentscheid im September 2012 (v.l.): Bürgermeister Geiger, Timo Hanke, Michael Kreidner, Klaus Gütlbauer (CDU) und „Strippenzieher“ Günter Helmrich

Landwirts Heinrich Behr. Behr konnte sich mit Stadt und Kreis nicht über den Verkauf von Flächen für den Ostring-Zubringer „Heidekamp“ einigen, klagte gegen die beabsichtigte Enteignung und bekam vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg in vollem Umfang recht.

Das Verwaltungsgericht kipp-

te die Baugenehmigung für die komplette Umgehungsstraße. Ließ auch keine Rechtsmittel dagegen zu - bis auf die Möglichkeit, einen Antrag auf Berufung zu stellen. Das Verfahren ruht auf Antrag des Kreises, das Urteil hat deshalb noch keine Rechtskraft erlangt. Derzeit herrscht offenbar Funkstille

zwischen Grundeigentümer und den Behörden, das Bürgervotum böte einen Anlass für neue Gespräche. Doch auch wenn Behr seine Klage zurückziehen sollte, wäre der Ostring-Bau kein Selbstgänger. Zwei weitere Klagen stehen im Raum.

Fazit: Auch nach dem klaren Bürger-Votum für den Ostring, ist dessen Realisierung nicht sicher. Zumal, weil man davon ausgehen darf, dass auch künftig im Stadtrat nicht mit einer Stimme für den Ostring gesprochen wird. Aber zumindest hat der Bau der Umgehungsstraße zwischen Seppensen und Vaensen jetzt wieder eine Zukunft.

• Dass der Ostring nicht schon Geschichte ist, haben die Buchholzer vor allem einem Mann zu verdanken: Günter Helmrich. Der 74jährige, der Jahrzehnte im Stadtrat saß (erst für die FDP, dann für die CDU), bei der jüngsten Wahl aber nicht wieder gewählt wurde, gilt als „Vater“ des Bürgerentscheids. Helmrich hat die Initiatoren zusammengebracht und ein großen Teil der für das Bürgervotum nötigen Stimmen persönlich gesammelt.

BIO-Chef: „Wir machen weiter!“

GEGNER BLEIBEN DABEI Zu viel Geld für zu wenig Entlastung

Buchholz (cpa). Für die Bürgerinitiative Ostring (BIO) ist trotz des eindeutigen Bürgervotums das letzte Wort in Sachen Verhinderung der Umgehungsstraße noch nicht gesprochen. „Das war ein trickreich angelegter Bürgerentscheid, da es ja nur um die Verträge und nicht den Ostring selbst ging“, sagt der BIO-Vorsitzende Michael Zuther. Hätte die Abstimmung nicht zusammen mit der Landtagswahl stattgefunden, wäre wohl auch die Beteiligung geringer ausgefallen, schätzt er. Zuther kritisiert, dass das geplante Mobilitätskonzept nur als „Feigenblattaktion der

Stadt“ diene. „Jetzt trommeln Herr Bordt und Herr Geiger, aber sie haben keine Mehrheit im Rat“, betont Zuther, und hofft, dass der Sieg bei der Landtagswahl SPD und Grünen auch in Buchholz den Rücken stärkt. Der BIO-Vorsit-



Michael Zuther hält an seiner Kritik fest.

zende betont, dass der Ostring im Verhältnis zur Entlastungswirkung zu teuer wäre: „Bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 750 Euro kann Buchholz sich das nicht leisten. Der Ostring nützt vor allem den wenigen Einwohnern Holm-Sepensens.“ Im Raum stehe weiterhin, dass der Ostring eine Erschließungsstraße sei und einige Grundbesitzer besonderes Interesse daran hätten.

Zunächst aber werde die BIO abwarten, wie das Gerichtsverfahren um den Ostring ausgeht: „Es bringt nichts, jetzt sofort auf die Straße zu gehen.“ Dennoch ist sein Fazit: „Wir machen weiter!“

► **Kommentar**

von Corinna Panek



Die Chance auf ein neues Miteinander in Buchholz

Am Tag eins nach dem Bürgerentscheid sind sie in der Realität angekommen – sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Ostrings. Denn natürlich wissen sie selbst, dass nicht wirklich darüber abgestimmt wurde, ob der erste Spatenstich nunmehr zügig zu setzen ist. Dem steht nach wie vor Justitia entgegen – zum einen im laufenden Gerichtsverfahren um den bisherigen Planfeststellungsbeschluss, zum anderen, weil – im Fall, dass das Gericht zugunsten des Landkreises und damit der Stadt Buchholz entscheidet – die nächste Klagewelle anrollen dürfte.

Doch sowohl auf Befürworter- als auch auf Gegenseite sind seit Sonntag versöhnliche Töne zu hören. Ostring-Verfechter räumen ein, dass die Kosten ein Thema sind, über

das noch gesprochen werden muss, und Ostring-Gegner akzeptieren, dass die Bürger im Osten an der Stadt vorbeizufahren wünschen und nicht länger mittendurch.

Wenn daraus nun resultiert, dass sich alle gleichermaßen engagiert am Mobilitätskonzept beteiligen, alle Vorschläge ernsthaft und ergebnisoffen diskutieren und zu einem Kompromiss kommen, mit dem alle leben können, ist damit nicht nur Buchholz' ältester Streit hoffentlich ein für alle Mal gelöst. Sondern es würde auch bestätigen, dass der Bürgerentscheid und das Engagement derer, die ihn ermöglicht haben, sich gelohnt haben. Diese Chance sollte sich Buchholz nicht entgehen lassen.

► Mehr Meinung? Kein Problem – täglich in den HAN!

Wie geht's weiter mit dem Ostring?

NACH BÜRGERENTSCHEID Das Gerichtsverfahren um die Straßenplanung wird wieder aufgenommen

Von Corinna Panek

Buchholz. 12 671 Buchholzer haben sich beim Bürgerentscheid am Sonntag dafür ausgesprochen, die Ostring-Verträge mit dem Landkreis Harburg nicht zu kündigen, 7848 stimmten für die Kündigung. Jetzt kann das ruhende gerichtliche Verfahren wieder aufgenommen werden, wie Landkreis-Sprecher Bernhard Frosdorfer den HAN bestätigte: Vor zwei Jahren hatte das Verwaltungsgericht Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss kassiert und Revision nicht zugelassen.

Der Buchholzer Bürgermeister Wilfried Geiger hofft, dass der Ostring nun vorankommt, räumt aber ein: „Wir müssen erst klären, ob sich die Gerichte unserer Auffassung anschließen – solange wird es keine weiteren Aktivitäten geben“, sagte er den HAN. Er hoffe, dass bis Sommer 2014 die Verfahren abgeschlossen sind und es dann an die konkrete Umsetzung gehen kann. Auch den ersten Buchholzer Bürgerentscheid bewertet Geiger positiv. „Es sollte aber die Ausnahme bleiben – sonst brauchen wir bald keine Räte mehr.“ Doch in festgefahre-

n Diskussionen sei ein Bürgerentscheid ein gutes Instrument, „gordische Knoten“ zu durchschlagen. „Wichtiger ist aber, die Bürger in die Planungen mit einzubeziehen, wie beim Klimaschutz- oder Mobilitätskonzept.“

Eine schnelle Entlastung der Innenstadt ist also nicht in Sicht. Grünen-Fraktionschef Joachim Zinnecker fürchtet gar, dass das juristische Tauziehen weitergeht: „Über etli-

„Der Bürgerentscheid hat sich bewährt, sollte aber die Ausnahme bleiben.“

Wilfried Geiger Bürgermeister

che Klagen ist noch nicht entschieden. Auch bei einer neuen Planung würde es wieder Klagen geben.“ Das geplante Mobilitätskonzept sei nun vorbelastet: „CDU und FDP werden wohl wieder sagen ‚Erst den Ostring...!‘, aber das bringt Buchholz nicht voran.“ Abgesehen davon wäre der Straßenbau bei der aktuellen Haushaltslage nicht zu stemmen.

SPD-Fraktionschef Wolf-

gang Niesler sieht es realistisch: „Das Ergebnis des Bürgerentscheids zeigt, dass die Bürger die östliche Umgehung wünschen. Wir müssen uns jetzt beim Mobilitätskonzept zusammensetzen und schauen, wie so etwas aussehen kann. Die Schnellstraße von Seppensen zum Nordring will wohl auch von den Konservativen keiner mehr – schon aus Finanz-Gründen.“

Ostring-Verfechter Arno Reglitzky (FDP) hofft darauf, dass der Landkreis vor Gericht Erfolg haben wird. An der geplanten Trasse würde er gern festhalten, „aber im Detail muss die Planung auf ein vernünftiges Maß zurückgefahren werden, zum Beispiel mit weniger kreuzungsfreien Knoten.“ Auch CDU-Fraktionschef Klaus Gütlbauer wertet den Bürgerentscheid als Erfolg. „Jetzt ist widerlegt, dass die Kommunalwahl eine Ostring-Wahl war.“

Timo Hanke, Mitinitiator des Bürgerentscheids, schaut weiter genau hin: „Ich hoffe, dass alle Parteien das Ergebnis akzeptieren und nicht mit neuen politischen Spielchen aufwarten, sondern machen, was die Bürger wollen“, sagte Hanke.

SPD und Grüne in Buchholz erkennen Niederlage an Nach Ostring-Bürgerentscheid sollen Verkehrsprobleme gemeinsam gelöst werden

Buchholz. "Wir haben verstanden" - mit diesen Worten räumen die Ostring-Gegner der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der parteilose Kristian Stemmler in Buchholz ihre Niederlage bei der Abstimmung zu den Ostring-Verträgen am vergangenen Sonntag ein und erkennen zugleich die "großartige Leistung" der Ostring-Befürworter bei der Mobilisierung ihrer Anhänger an. Wie berichtet, hatten sich 61,8 Prozent der Wähler für das Beibehalten der Verträge und damit indirekt für den Ostring ausgesprochen, 38,2 Prozent waren dagegen.

Bei aller Euphorie sollten die Initiatoren jedoch nicht übersehen, dass sich dieses Ergebnis keinesfalls bei allen auf die aktuelle Planung beziehe, erklärt Norbert Stein im Namen der Gruppe. Aus seiner Sicht hat viele Bürger vor allem die Hoffnung auf eine autoarme Innenstadt angetrieben, außerdem wollten sie, dass die Politiker endlich mit der unsinnigen Streiterei aufhören. "Wir sollten jetzt einen neuen Anlauf nehmen, den Schwung der Abstimmung nutzen, um endlich zu einer gemeinsamen Lösung der Verkehrsprobleme zu kommen", erklärt Stein.

Mit diesen konstruktiven Tönen erfüllt die Gruppe unter anderem die Hoffnung der CDU, die hoffte, dass die politischen Gegner des Ostrings das Abstimmungsergebnis ernst nehmen. "Der Wille der Bürger und der daraus resultierende Handlungsauftrag könnten deutlicher nicht sein", heißt es in einer CDU-Erklärung. Bürgermeister Wilfried Geiger wertet das Abstimmungsergebnis als Erkenntnisgewinn, den man beim anstehenden Mobilitätskonzept berücksichtigen müsse.

Grüner Regierungschef

Probeabstimmung im Buchholzer Gymnasium

os. Buchholz. Bei den Jugendlichen sind die großen Volksparteien nicht hoch angesehen. Das verdeutlicht eine Probeabstimmung im Buchholzer Gymnasium am Kattenberge zur Landtagswahl in Niedersachsen. Demnach wären die Grünen auf 28,4 Prozent der Stimmen gekommen, gefolgt von SPD (19,7), CDU (15,1) und Piraten (12,3). FDP (3,3) und Linke (2,2) spielen bei den Schülern kaum eine Rolle. Wie berichtet, hatten SPD und CDU zuvor bei einer Probeabstimmung unter Jugendlichen und jungen Erwachsene in Winsen schon mies abgeschnitten.

Das Gymnasium am Kattenberge beteiligte sich am landesweiten Projekt „Juniorwahl“, an der insgesamt 354 Schulen

in Niedersachsen mit mehr als 70.000 Schülern teilnahmen. In Buchholz waren 571 Schüler der Jahrgänge 8 bis 11 „wahlbeteiligt“. 88,9 Prozent gaben tatsächlich ihre (Probe-)Stimme ab.

Parallel wurde auch zum Thema „Ostring“ in Buchholz abgestimmt. Hier plädierten 59,9 Prozent der Gymnasiasten für den Bau der umstrittenen Umgehungsstraße.

Im Politikunterricht waren Landtagswahl und Ostring-Abstimmung thematisiert worden. Wie bei einer richtigen Wahl bekamen die Schüler eine Wahlbenachrichtigung. Steffi Menge, Fachobfrau für Politik, sagt: „Die Juniorwahl ist die beste Form, die Landtagswahl im Politikunterricht zu thematisieren.“

Ostring in Buchholz: „Schwung der Abstimmung nutzen“

os. Buchholz. „Wir sollten einen neuen Anlauf nehmen und den Schwung aus der Abstimmung nutzen, um endlich zu einer gemeinsamen Lösung unserer Verkehrsprobleme zu kommen.“ So



kommentiert die Gruppe im Buchholzer Stadtrat aus SPD, Grünen und dem parteilosen Kristian Stemmler das klare Votum der Buchholzer zum Ostring. Wie berichtet, hatten sich beim Bürgerentscheid fast 62 Prozent der Bürger für die Beibehaltung der Verträge zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis Harburg zum

Sprecher Norbert Stein (Foto). Vielmehr hätten zwei Gedanken viele Bürger dazu gebracht, mit „Ja“ zu stimmen: der Glaube und die Hoffnung auf eine autoarme Innenstadt sowie die Hoffnung, dass die Politiker endlich mit der unsinnigen Streiterei aufhören.

In einer gesonderten Mitteilung warnen die Grünen vor

Bau der Umgehungsstraße ausgesprochen.

Bei aller Euphorie solle man nicht übersehen, dass das Ergebnis sich keinesfalls bei allen Befürwortern auf die aktuelle Planung bezieht, erklärt Gruppen-

vielen weiteren Jahren „qualender Diskussion mit völlig offenem Ausgang“. So seien jahrelange juristische Auseinandersetzungen zu erwarten, die Finanzierung für den Ostring sei völlig unklar und auch eine abgespeckte Version der Umgehungsstraße erfordere ein teures neues Planverfahren.

Die Gruppe setzt ihre Hoffnungen auf das Mobilitätskonzept, das jetzt in die Detailplanung geht. Man werde sich auch einer vernünftigen straßenbaulichen Planung nicht verschließen. Norbert Stein: „Denjenigen, die damals noch Schwierigkeiten hatten, sich ergebnisoffen mit dieser Materie zu befassen, mag der Bürgerentscheid einige Denkanstöße gegeben haben.“

Hinweisbekanntmachung der Stadt Buchholz i.d.N. • 07/2013

Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses des Bürgerentscheids Gem. § 39 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) i.V.m. § 66 Abs. 6 Niedersächsische Kommunalwahlordnung (NKWO) gebe ich nachstehend das vom Gemeindevwahlausschuss in seiner Sitzung am 23. Januar 2013 festgestellte endgültige Abstimmungsergebnis für den Bürgerentscheid am 20. Januar 2013 bekannt:

Das Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheids ist wie folgt ermittelt worden:

- Zahl der Abstimmungsberechtigten 32.187
- Zahl der Abstimmenden 20.939
- Ungültige Stimmzettel 420
- Gültige Stimmzettel 20.519

Die gültigen Stimmen verteilen sich wie folgt:

- JA-Stimmen 12.671
- NEIN-Stimmen 7.848
- Zusammen 20.519

Nach § 33 Absatz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes ist der Bürgerentscheid erfolgreich, dem Bürgerbegehren also entsprochen, wenn die Mehrheit der gültigen Stimmen auf „Ja“ lautet und diese Mehrheit mindestens 25 % der Abstimmungsberechtigten in der Stadt Buchholz (Wahlberechtigte wie für eine Gemeindevwahl) beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt das Bürgerbegehren als abgelehnt. Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses. Vor Ablauf von zwei Jahren kann er nur auf Antrag des Rates durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert oder aufgehoben werden.

Der Abstimmungsausschuss stellte fest, dass dem Bürgerbegehren entsprochen wurde, da die Mehrheit der gültigen Stimmen auf Ja lautet und diese Mehrheit um 4.624 Stimmen größer ist als erforderlich, da lediglich 8.047 Ja-Stimmen notwendig sind.

Buchholz, 24. Januar 2013 Der Gemeindevwahlleiter und Abstimmungsleiter

Die rechtsverindliche Amtliche Bekanntmachung finden Sie im Internet unter [www.buchholz.de/Amtliche Bekanntmachungen](http://www.buchholz.de/Amtliche_Bekanntmachungen) sowie in den Bekanntmachungskästen.

CDU: „Klarer Auftrag für die Verwaltung“

rs. Buchholz. Ostring: Auch die CDU-Ratsfraktion nimmt Stellung Bürgerentscheid. Fraktionschef Klaus Gütlbauer: „Die Bürger waren aufgerufen, über die Beibehaltung der Ostringverträge mit dem Landkreis Harburg abzustimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von über 65% und einer Zustimmung von 61,8% haben die Buchholzer ein klares Votum für den Ostring abgegeben.“ Die CDU danke allen Initiatoren und Unterstützern, die dieses Ergebnis für das Wohl der Stadt ermöglicht haben. Die CDU-Fraktion werte dieses Ergebnis als einen klaren Auftrag an die Verwaltungen in Stadt und Kreis, die Planungen rechtssicher abzuschließen und zügig mit dem Bau zu beginnen.

Gütlbauer: „Als entscheidender Baustein im Mobilitätskonzept der Stadt wird der Ostring zur Entlastung der Infrastruktur beitragen.“

„Hält Rot-Grün die Bürger für blöd?“

Ostring: FDP fordert, bunte Ratsgruppe soll demokratisch getroffene Entscheidung akzeptieren

rs. Buchholz. Arno Reglitzky, Sprecher der FDP-Fraktion, schilt die Ostring-Gegner im Buchholzer Stadtrat. Trotz eines eindeutigen Votums der Buchholzer Bevölkerung für den Ostring, und obwohl sich alle Ratsfraktionen darauf verständigt hätten, nach dem Bürgerentscheid keine Aktionen zum Thema zu starten, machten Rot - Grün weiter gegen die Umgehungsstraße mobil. Reglitzky: „Dabei stünde es der neuen Gruppe mit SPD, Grünen und Stemmler (parteilos), gut zu Gesicht, eine demokratisch getroffene Entscheidung zu akzeptieren.“



Schelte für Rot-Grün in Sachen Ostring: FDP-Fraktions-sprecher Arno Reglitzky

Gegen den Ostring-Entscheid führe Rot-Grün plötzlich

Schlagworte an wie „quälende Diskussionen, falsche Bürger-

Hoffnungen, Finanzierungen und neue Denkanstöße“. Und wolle offenbar jetzt den „Schwung der Abstimmung“ sogar gegen den Ostring nutzen. „Ja, was ist denn bloß los, bei Rot-Grün? Halten die denn den Bürger für blöd? Ist das Votum nicht eindeutig? Gab es schon mal ein klareres Abstimmungsergebnis bei einem so heftig diskutierten Projekt wie diesem?“ fragt der Liberale.

FDP, CDU und UWG hätten sich in einer Bürgermeister-runde mit allen Fraktionen verständigt, zunächst die gerichtliche Klärung der Ostring-Zukunft durch den Landkreis abzuwarten. Reglitzky: „Aber

kaum ist die Tinte trocken, ist alles schon wieder vergessen. Erschütternd.“

Für FDP mit CDU und UWG gelte, dass sie sich nachhaltig für den eindeutigen Mehrheitswillen der Buchholzer Bürger einsetzen. Und mit „Argus-Augen“ darüber wachen würden, dass dieser Bürgerwille nicht durch Tricks unterlaufen werde.

Reglitzky: „Der Bürgerwille ist eindeutig: Eine Entlastungstrasse für weniger Autos, weniger Lärm und weniger Staus in der Innenstadt! Der Ostring löst dabei nicht alle Verkehrs-Probleme, aber die Wesentlichen schon. Also nicht mehr lamentieren, sondern Handeln.“

„Kann so ein Ergebnis gewertet werden?“

Betr.: „Der Ostring hat Zukunft!“ (WOCHENBLATT 04/13) - Erster Buchholzer Bürgerentscheid: Deutliche Mehrheit will die neue Umgehungsstraße.

Buchholz: Deutliches „Ja“ zum Ostring beim Bürgerentscheid: Glauben Sie denn, dass so ein Ergebnis gewertet werden kann? Diese völlig unverständliche und wirre Frage haben doch viele Wähler nicht verstanden. Mich würde interessieren, wie viel ungültige Abstimmungszettel es hier gab.

Stefanie Dose
Buchholz

„Niemand muss sich wundern über Politikverdrossenheit“

Es kann einen als Bürger der Stadt Buchholz schon die Zornesröte ins Gesicht treiben, wenn man die Reaktionen des Buchholzer Stadtrates auf den Bürgerentscheid zum Ostring zur Kenntnis nimmt.

Gerade die Parteien, welche in der jüngeren Vergangenheit für mehr direkte Demokratie und Mitbestimmung der Bürger, vor allem bei regionalen Themen geworben haben, weigern sich vehement, den Wunsch der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitbürger zur Kenntnis zu nehmen und scheuen sich nicht, auch in Zukunft mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Bau eines Ostrings zu verhindern.

Klar ist für Herr Niesler (SPD) „...das der Ostring in der geplanten Version keine Chance hat!“



Klares Votum beim Bürgerentscheid: Mehr als 60 Prozent der Buchholzer stimmten für die Umgehungsstraße
Foto: archiv

Klar ist für Herr Zinnecker (die Grünen) „...das Votum für den Ostring bringt Buchholz nicht weiter, ... und dass die Klagen gegen den Ostring auch in Zukunft durchgezogen werden!“

Herr Zuther (BIO) betont: ... dass die Ostring-Befürworter keine Mehrheit im Rat der Stadt Buchholz haben, ...zudem würde der Ostring nur den wenigen Einwohnern von Holm-Seppensen nutzen.“

Es muss niemanden verwundern, wenn bei derartiger Ignoranz gegenüber dem Bürgerwillen die Politikverdrossenheit in Deutschland stetig wächst.

Kai Kuhlmann
Buchholz

„Naturschutz - von der Mehrheit nicht gewollte Arbeit?“

Nörgeln über eine „verlorene Wahl“ wird gern als schlechte Verliererschaft geißelt. Der Vorteil meines ho-

hen Alters ist, dass mich so etwas nicht mehr anfiht.

In Buchholz bahnte sich in den letzten Monaten eine Zeit der Versöhnung unter den zerstrittenen und vom Bürgermeister Geiger gegeneinander getriebenen Bürgern an. Man wollte mittels eines gemeinschaftlich zu erarbeitenden Mobilitätskonzeptes nach Verkehrs-Alternativen suchen, die das Zerschneiden und Verlärmern der Wohnsiedlung „An Börns Soll“ durch eine durch die Vorgärten der Mitbürger verlaufenden Autoschnellstraße überflüssig machen könnte.

Der von Herrn Schrader so gerühmte Herr Günter Helmrich hat nun aber das Kessel-treiben Bürger gegen Bürger wieder angeheizt. Mehr als 60 Prozent der Buchholzer Wähler haben sich vor den Karren der Grundstückslobby spannen lassen, die sehnsüchtig auf die Erschließungsstraße Ostring wartet, um aus Grünland „vergoldetes“ Bauland machen zu können.

Angesichts solcher Bürger-Entscheidungen wie jenem

zum Ostring mit dem Ziel, auf dem täglichen Arbeitsweg fünf bis zehn Minuten Fahrzeit von einem unsinnig weit weg vom Arbeitsplatz errichteten Wohnhaus einzusparen, fragt sich dann doch so mancher Naturschützer: Warum mache ich mir diese von der Mehrheit ganz offensichtlich gar nicht gewollte Arbeit?!

Bernd Wenzel
Vors. Die NaturFreunde
Nordheide e.V.
Buchholz

„Die Zeit für politische Winkelzüge ist vorbei“

Welch ein Demokratieverständnis: Da stimmen 65 Prozent der Wähler für den Bau des Ostrings in einem für den Stadtrat verbindlichen Votum, welches die Gegner offensichtlich nicht ernsthaft interessiert.

Meine Herren, die Zeit für persönliche Nickeligkeiten und politische Winkelzüge ist vorbei, Ihre anderslautenden Konzepte ad acta gelegt! Der klare Auftrag des Wahlvolkes lautet, den bestehenden Vertrag nunmehr umzusetzen: „Pacta sunt servanda“ (Anm. d. Red.: „Verträge sind einzuhalten“) und sehen Sie zu, dass Sie zu Potte kommen!

Thomas Gerken
Buchholz

Buchholzer CDU vs. Kreis-SPD: Offener Streit über Ostring

os. Buchholz. Die Ankündigung der Kreis-SPD, in der kommenden Planungsausschuss-Sitzung über die Herausnahme des Ostrings aus dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2025 zu debattieren, zieht massive Kritik der Buchholzer CDU nach sich. In einem offenen Brief fordert CDU-Ortsvereinschef Christian Horend (Foto) von der Kreis-SPD, das deutliche Votum des Ostring-Bürgerentscheids zu akzeptieren und nicht die Politikverdrossenheit zu befeuern.

Wie berichtet, hatten sich beim Bürgerentscheid fast 62 Prozent der Buchholzer für die



Beibehaltung der Ostring-Verträge zwischen Stadt Buchholz und Kreis Harburg ausgesprochen.

Horend fordert von Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, weitere Verzögerungen zum Ostring zu vermeiden und „im Sinne einer zielgerichteten Zusammenarbeit einen gemeinsamen Nenner für eine östliche Umfahrung zu finden.“

Ahrens kontert den CDU-Vor-

stoß: Die Kreis-SPD sei weiter der Meinung, dass der Ostring keine Kreis-, sondern eine Erschließungsstraße sei. Er wolle abwarten, wie der Buchholzer Stadtrat auf das Votum des Bürgerentscheids reagiere. „Das Ergebnis des Rates - nicht des Bürgermeisters - werden wir würdigen und dann weitere Schritte ergreifen“, sagt Ahrens. Im übrigen stehe man bei den Beratungen über das Regionale Raumordnungsprogramm ganz am Anfang.

• Der Kreis-Planungsausschuss kommt am Montag, 11. Februar, ab 15 Uhr im Kreishauses in Winsen zusammen.

„Wie steht es mit dem eigenen Verständnis der Demokratie?“

Betr.: „Der Ostring hat Zukunft“ (WOCHENBLATT 04/13) - sowie diverse Leserbriefe zum Thema (WOCHENBLATT 05/13).

Es ist für mich völlig unverständlich, wie die gewählten Politiker (SPD-Grüne-Buchholzer Liste) in Buchholz auf eine demokratische Abstimmung, der sie wählenden Bürger reagieren.... Ist Demokratie nicht mehr an Mehrheitsentscheidungen gebunden? Wie steht es da mit dem eigenen Demokratieverständnis der Politiker?

Leserbriefe wie der von Stefanie Dose und Bernd Wenzel, sind hier zutiefst undemokratisch und zeugen von verbitterten Seelen, die nicht verstehen können, dass tatsächlich mal eine Entscheidung der Mehrheit zu akzeptieren ist und die eigenen Interessen hinten anzustellen haben. Buchholz braucht ein modernes Mobilitätskonzept und die Buchholzer wollen es - im Zusammenhang mit dem Ostring - so ist das Votum zu verstehen - so müssen die Politiker jetzt handeln!

Sebastian Spielau
Buchholz

„Ring wird so nicht gebaut - das hat das Gericht entschieden“

Betr.: „Hält Rot-Grün die Bürger für blöd?“ (WOCHENBLATT 05/13) - Ostring: FDP fordert, bunte Ratsgruppe soll demokratisch getroffene Entscheidung akzeptieren.

Die etwas rustikale Ausdrucksweise des FDP Vorsitzenden sei entschuldigt, die inhaltliche Unterstellung aber muss zurückgewiesen werden. Mitnichten ist es so, das Rot-Grün die demokratische Mehrheitsentscheidung ignoriert. Die Verträge zu der Ringstraße werden vom Rat nicht gekündigt. Aber auch in Buchholz gilt immer noch Recht und Gesetz.

Dieser Ring kann so nicht gebaut werden, das hat das Verwaltungsgericht in Lüneburg entschieden. Eine richterliche Entscheidung, die auch Herr Reglitzky akzeptieren muss.

Die Bürgerinnen und Bürger haben, trotz der Verknüpfung des Bürgerentscheid mit der Landtagswahl, SPD und Grüne in Buchholz mit ihrer Stimme gestärkt. Also sind die Bürger und Bürgerinnen sehr wohl in der Lage, vernünftige Politik und konzeptionelles Handeln zu erkennen.

Die Mehrheit im Rat kümmert sich um die Verkehrsprobleme, das Mobilitätskonzept mit Bürgerbeteiligung ist ein guter Weg Alternativen zu suchen. Der Ostring aber ist in seiner alten, überholten Form so nicht zu realisieren. „Wenn das Pferd tot ist, steig ab“ heißt es... und die neue Generation der Ratsmitglieder wird auch neue Politik machen!

Frank Piwecki
Mitglied d. SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Buchholz
Vors. d. Ausschusses
Wirtschaft und Soziales

„Reglitzky übersieht, dass er ein totes Pferd reitet“

Betr.: „Hält Rot-Grün die Bürger für blöd?“ (WOCHENBLATT 05/2013) - Ostring: FDP fordert, bunte Ratsgruppe soll demokratisch getroffene Entscheidung akzeptieren.

Arno Reglitzky übersieht in seinem Siegestaumel, dass er ein totes Pferd reitet. Für den von ihm mit aller Macht gewollten Ostring gibt es keine Planungen mit Rechtsbestand. Zudem ist eine Finanzierung der über 30 Mio. Euro teuren Schnellstraße vor dem Hintergrund der Schuldenbremse mitnichten gesichert.

Eine von der Stadt Buchholz geplante innenstadtnahe Bypass-Lösung, wie sie auch im Wochenblatt häufiger dargestellt worden ist, ließe sich hingegen deutlich schneller rechtssicher und preiswerter realisieren.

Wir sind bereit, im Rahmen der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes an dieser Lösung konstruktiv mitzuarbeiten.

Joachim Zinnecker
Bündnis 90/Die Grünen
Buchholz

„Hier wird schon wieder nach der Hintertür gesucht“

Betr.: „Ostring in Buchholz: Schwung der Abstimmung nutzen“ (WOCHENBLATT 04a/13) - Gruppe im Buchholzer Stadtrat aus SPD, Grünen und dem parteilosen Kristian Stemmler will zu gemeinsamer Lösung kommen.

Bürgerentscheide scheinen für die SPD, die Grünen sowie für Herrn Stemmler nur dann akzeptabel zu sein, wenn diese in ihrem Sinne ausfallen.

Es scheint mir, dass hier schon wieder nach einer Hintertür gesucht wird, um den Bürgerentscheid abzuschwächen oder gar zu unterlaufen.

Hinrich Reinecke
Buchholz

„Wohnsiedlungen: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“

Betr.: „Das wird keine leichte Entscheidung“ (WOCHENBLATT 05A/2013) - In Jesteburg soll aus einer 10,56 Hektar-Wochenend-Siedlung ein neues Wohngebiet werden / Jetzt prallen Positionen aufeinander.

Es passt ja alles so wunderbar zusammen: Jesteburg träumt immer wieder mal von einer Umgehungsstraße entlang der Bahn, obwohl der den Innenort erstickende Autoverkehr zu mehr als 80 Prozent aus den umliegenden Siedlungen stammt. Trotzdem plant man dort schon wieder größere neue Wohnsiedlungen im Außenbereich, deren Siedler den Innenort weiter zustopfen werden. Die Buchholzer Bürger haben mehrheitlich für einen Ostring gestimmt, der schon immer als Erschließungsstraße für neue Wohngebiete im Osten gedacht war und ist. Prompt fordert nun auch Bürgermeister Geiger neue Wohnsiedlungen (ein Schelm, wer Böses dabei denkt), weil Buchholz andernfalls zugrunde gehe. Willi Brandt hatte Recht, als er sagte, kluge Entscheidungen seien nicht immer durch Mehrheitsbeschlüsse zu erzielen. Ich ergänze: Geldgierige Grundstückslobbyisten und unfähige Verwaltungsleute potenzieren dieses Dilemma, in welches wir geraten sind.

Bernd Wenzel
Buchholz

SPD will Ostring aus Planungen streichen

"Veraltete Trasse" soll nicht ins Raumordnungsprogramm des Landkreises. CDU ist empört

Buchholz. Der Buchholzer Ostring bleibt auch nach dem Bürgerentscheid politischer Dauerbrenner. Am Montag, 11. Februar, 15 Uhr, beschäftigen sich die Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses des Landkreises Harburg bei ihrer Sitzung im Winsener Kreishaus mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, in dem sie unter anderem fordert, die Umgehung aus dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) zu streichen.

Der Ausschussvorsitzende Norbert Stein, der zugleich Buchholzer SPD-Ratsherr ist, begründet den Antrag damit, dass derzeit gar keine formelle Ostring-Planung existiert. Derzeit ruhe das Verfahren, da das Gericht die Pläne als unzulässig kritisiert hat und eine Beschwerde nicht zuließ. Beim Bürgerentscheid habe zwar eine Mehrheit für das Beibehalten der Verträge votiert, sagt Stein. Im Kern gehe es den Bürgern aber darum, die Innenstadt vom Verkehr zu entlasten. Statt im RROP auf eine veraltete und sowieso umstrittene Planung zu setzen, wolle die SPD lieber das derzeit laufende Mobilitätskonzept der Stadt Buchholz für die Lösung der Verkehrsprobleme nutzen.

Die Buchholzer CDU reagiert mit Empörung auf den Antrag und bezeichnet ihn als "Taschenspielertrick". Sie fordert die SPD auf, das Bürger-Votum endlich zu akzeptieren. "In Buchholz, und nicht nur in der Kernstadt, ist eine verkehrliche Entlastung im Osten der Stadt gewünscht, und diese Maßnahme sollte jetzt mit vereinten Kräften zum Wohle der Stadt vorgebracht und in das bereits mit vielfachen Vorschusslorbeeren bedachte Mobilitätskonzept eingebracht werden", erklärt der Erste Vorsitzende des CDU-Ortsvereins Christian Horend. Die Wähler würden von Politikern erwarten, dass sie einen kausalen Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und erforderlichen Maßnahmen herstellen und entsprechend handeln.

„Ihre Einstellung macht mich betroffen“

Streit um den Ostring in Buchholz: Offener Brief von Bürgermeister Geiger an SPD-Fraktionschef Ahrens

os. Buchholz. Der Streit um die Umgehungsstraße Ostring in Buchholz geht in eine neue Runde. Mit einem offenen Brief an den SPD-Fraktionschef im Kreistag, Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, reagiert Buchholz' Bürgermeister Wilfried Geiger auf die Ankündigung des Sozialdemokraten, den Ostring aus dem Regionalen Raumordnungsprogramm herauszustreichen. Wir veröffentlichen Geigers Brief im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ahrens, im Nordheide Wochenblatt konnte ich in der Ausgabe vom 6. Februar Ihr Zitat lesen, „das Ergebnis des Rates - nicht des Bürgermeisters, werden wir würdigen und dann weitere

Schritte ergreifen“. Diese Ihre Einstellung hat mich sehr betroffen gemacht. Als mit deutlicher Mehrheit von den Bürgern direkt gewählter Bürgermeister würde ich erwarten, dass auch der Oppositionsführer im Kreistag sehr wohl auch die Meinung des Bürgermeisters, der die Stadt nach innen und außen alleine vertritt, zur Kenntnis nimmt.

Inhaltlich möchte in Ihnen mitteilen, dass durch das Bürgerbegehren der vom Rat getroffenen Beschluss, die Verträge zwischen dem Landkreis und der Stadt zum Thema Ostring zu kündigen,



Wilfried Geiger

rechtlich aufgehoben ist. Das Bürgervotum hat die Rechtskraft eines Ratsbeschlusses und kann auch in den nächsten zwei Jahren durch den Rat nicht erneut Gegenstand eines Beschlusses sein.

Da Sie zu Recht großen Wert auf Ratsbeschlüsse legen, darf ich bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, dass es in der Vergangenheit mehrfach Ratsbeschlüsse zum Bau des Ostrings gegeben hat, die bis heute glücklich sind.

Da ich ebenfalls lesen konnte, dass Sie der Meinung sind, dass die Ostumgehung in Buchholz

keine Aufgabe des Landkreises sei, was im übrigen den noch geltenden Kreistagsbeschlüssen widerspricht, würde ich Sie gerne zu einem Gespräch nach Buchholz einladen, um Ihnen nicht nur vor Ort die Situation zu schildern, sondern auch die durch den zunehmenden - auch überregionalen - Verkehr ausgelöste Belastung in der Innenstadt zu demonstrieren.

In der Hoffnung, dass Sie Ihre Meinung noch einmal überdenken, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen.“

● Der Kreis-Planungsausschuss beschäftigt sich am Montag, 11. Februar, ab 15 Uhr im Kreishaus in Winsen mit dem Regionalen Raumordnungsprogramm.

„Die Trassenführung sollte intensiv diskutiert werden“

Betr.: „Ihre Einstellung macht mich betroffen“ (WOCHEBLATT 06a/13) - Offener Brief von Bürgermeister Wilfried Geiger zum Ostring-Streit.

Das Verwaltungsgericht hat in seinem Urteil die Planung für den Ostring für ungültig erklärt, so dass ggf. ganz neu geplant werden muss.

Ich glaube nicht, dass eine Planung für eine Umgehung der Buchholzer Innenstadt an dieser Stelle schnelle Aussicht auf Erfolg hat. Allein deshalb sollte die Trassenführung intensiv diskutiert werden, um eine für alle tragbare Lösung herbeizuführen. Wie sonst, wenn nicht über das Raumordnungsverfahren?

Sie, Herr Bürgermeister, vertreten die Stadt Buchholz lediglich im Namen der Bürger und des Rates und nicht aufgrund des Amtes.

**Karl-Heinz Kühl
Buchholz**



Dichter Verkehr in der Buchholzer Innenstadt: Um eine mögliche Entlastung durch einen Ostring wird seit Jahren gestritten. Foto: cpa

Ostring-Zoff und kein Ende

BUCHHOLZ Politische Auseinandersetzung geht trotz Bürgerentscheids weiter

Buchholz (cpa). Die Buchholzer CDU ist verärgert über einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der vorsieht, unter anderem das Vorhaben „K13/K28 Ostumfahrung Buchholz“ aus dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) zu streichen. Der Buchholzer CDU-Vorsitzende Christian Horend reagiert nun mit einem offenen Brief. „Trotz eindeutigen Bürgerwillen in Buchholz und einer vermeintlich klaren Aussage der SPD („Wir haben verstanden!“) versuchen Sie nun, nahezu unbemerkt von den Bürgern, den Ostring auf Kreisebene zu schwächen“, wirft Horend dem SPD-Kreisfraktionsvorsitzenden Jens Rainer Ahrens vor und fordert ihn auf, auf „solche Taschenspielertricks“ zu verzichten. Beim Bürgerentscheid hatten sich 61,8 Prozent der Buchholzer dafür ausgesprochen, die Ostring-Verträge zwischen Stadt und Landkreis nicht zu kündigen. „Das Bauvorhaben K13/K28

Ostumfahrung Buchholz aus dem Raumordnungsprogramm zu nehmen, entspricht sicherlich nicht dem mehrheitlichen Wählerauftrag“, betont Horend. Er appelliert an Ahrens, „Verzögerungen zu verhindern und einen gemeinsamen Nenner für eine östliche Umfahrung zu finden“.

Allerdings sagte Ahrens gegenüber den HAN, dass der Antrag auf etwas anderes hinauslaufe: „Das ist eine lokale, eine Buchholzer Angelegenheit. Wir sind der Auffassung, dass der Ostring eine Erschließungsstraße ist und daher von der Stadt zu zahlen. Der Stadtrat soll erst mal äußern, was er überhaupt will, dann werden wir das im Kreistag prüfen.“ Man sei schon lange in der Diskussion über die Finanzierung, sagte Ahrens. Mit dem jetzigen Antrag solle die „Wil-

lensbildung von unten nach oben“ gestützt werden.

Der offene Brief entpuppt sich beim Ostring als gefragtes Kommunikationsmittel. Nun hat sich Bürgermeister Wilfried Geiger – ebenfalls per offenen Brief – in Richtung SPD

„Ich lade Sie gern zu einem Gespräch nach Buchholz ein, um Ihnen nicht nur die Situation vor Ort zu schildern.“

Wilfried Geiger Bürgermeister der Stadt Buchholz in Richtung Kreistags-SPD

eingeschaltet. „Da Sie großen Wert auf Ratsbeschlüsse legen, darf ich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass es in der Vergangenheit mehrfach Ratsbeschlüsse zum Bau des Ostrings gegeben hat, die bis heute gültig sind“, schreibt

Geiger. „Da Sie der Meinung sind, dass die Ostumgehung in Buchholz keine Aufgabe des Landkreises sei – was im übrigen auch den noch geltenden Kreistagsbeschlüssen widerspricht – würde ich Sie gern zu einem Gespräch nach Buchholz einladen, um Ihnen nicht nur die Situation vor Ort zu schildern, sondern auch die durch zunehmenden – auch überregionalen – Verkehr ausgelöste Belastung in der Innenstadt zu demonstrieren.“

Bleibe der Ostring eine Kreisstraße, würden sich Stadt und Kreis die Kosten teilen. Der Landkreis als Bauherr könnte mit 60 Prozent Fördermitteln rechnen. Diese stammen vom Bund, der das Geld dem Land zur Weiterverteilung stellt. Der Wechsel in Hannover dürfte daran nichts ändern – laut Regierungsprogramm will die SPD, dass das Geld vom Bund weiterhin „konsequent für kommunale Verkehrsprojekte zur Verfügung gestellt wird“.

HAN 14 Tage testen
Tel. 040-77177-188

Ahrens nimmt Gesprächsangebot des Bürgermeisters an

os. Buchholz. Nach dem öffentlich ausgetragenen Disput über die Auswirkungen des Bürgerentscheids zum Ostring nimmt Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Fraktionsvorsitzender der Kreis-SPD, das Gesprächsangebot von Buchholzer Bürgermeister Wilfried Geiger

an. Man werde in Kürze einen Termin vereinbaren, schreibt Ahrens in seiner Replik auf den Offenen Brief von Geiger. Wie berichtet, hatte Geiger darin die von der SPD angedachte Herausnahme des Ostrings aus dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2025 scharf

kritisiert. Die SPD zog ihren Antrag zurück. Die Kreis-SPD werde nach Auswertung der Stellungnahmen aus dem Buchholzer Stadtrat zum Ausgang des Bürgerentscheids ihre Position zum Projekt „Stadtkernentlastung Buchholz“ festlegen, versprach Ahrens.

Mobilitätskonzept: Diskussion geht in die nächste Runde

Buchholz . Mit dem runden Tisch zum Thema "Straßennetz" erreicht das Buchholzer Mobilitätskonzept am Donnerstag, 21. Februar, seine dritte Stufe. Interessierte Bürger sind eingeladen, um 18 Uhr in die Aula der Waldschule an der Parkstraße 31 zu kommen. Aufgrund des erwarteten Andrangs rät die Stadtverwaltung Autofahrern, den Parkplatz Schützenplatz/Richard-Schmidt-Straße zu nutzen. In der Veranstaltung geht es um die Verkehrsbelastungen auf den innerstädtischen Hauptstraßen in Nord-Süd- sowie in West-Ost-Richtung. Anhand der bereits seit Jahren diskutierten Vorschläge zum Ostring und dessen Varianten, zur Südtangente/Bahnhofstangente, zur Brücke über die Bahngleise sowie zum Mühlentunnel wird die Auswirkung auf das Straßennetz näher betrachtet.

Am Anfang der Veranstaltung wird Bürgermeister Wilfried Geiger in das Thema einführen, danach wird Uwe Karsten, Leiter Kreisstraßen beim Landkreis Harburg, den Sachstand zur Planung des Ostrings noch einmal in Erinnerung rufen. Anschließend stellen Mone Böcker und die Mitarbeiter vom Verkehrsplanungsbüro SHP aus Hannover die Szenarien zur Lösung der Buchholzer Verkehrsprobleme vor. Diese Szenarien sollen im Anschluss in der Arbeitsphase an den runden Tischen untersucht werden.

Landkreis hat Antrag auf Berufung in Sachen Ostring gestellt

Buchholz. Bei der Auftaktveranstaltung zum Buchholzer Mobilitätskonzept im vergangenen Oktober war das Wort Ostring kaum gefallen, alle Beteiligten schienen einen großen Bogen um dieses Streitthema zu machen. Am Donnerstagabend war die Umgehungsstraße dann doch Thema. Beim dritten runden Tisch zum Buchholzer Straßennetz ging es um die Möglichkeiten zur Verkehrsentlastung der Innenstadt, und damit auch um den Ostring.

Bürgermeister Wilfried Geiger informierte die rund 100 Bürger, die in die Waldschule gekommen waren, darüber, dass der Landkreis in Sachen Ostring mittlerweile einen Antrag auf Berufung beim Obergerverwaltungsgericht Lüneburg gestellt habe. Das Verfahren hat bisher geruht, da das Verwaltungsgericht Lüneburg die Pläne als unzulässig kritisiert und eine Beschwerde nicht zugelassen hatte. Geiger machte deutlich, dass das Ergebnis des Berufungsverfahrens - sofern es zugelassen werde - durchaus sein könne, dass die Pläne nicht realisierbar sind. Dann müssten Alternativen her.

Wie die aussehen könnten, wurde an den runden Tischen diskutiert. Ein greifbares Ergebnis liegt hier aber noch nicht vor, die Verwaltung wird die Ideen und Anregungen der Bürger nun zusammenfassen und auswerten. Einige Informationen gab es dennoch. So berichtete das Planungsbüro SHP unter anderem, dass der Verkehr in der Stadt in den vergangenen Jahren stagniert hat, wenngleich es Abschnitte gebe, die wie die Kirchenstraße stärker als andere befahren seien.

Die von SHP ausgewertete Haushaltsbefragung hat unter anderem ergeben, dass mehr als zwei Drittel aller täglich gemachten Wege mit dem Auto Binnenwege innerhalb Buchholz sind, mehr als die Hälfte davon kürzer als fünf Kilometer.

Ostring-Verfahren wird weitergeführt

os. Buchholz. Der Landkreis Harburg will das Gerichts-Verfahren zum Ostring wieder anschieben. Das erklärte Buchholz' Bürgermeister Wilfried Geiger am Donnerstag am Rande des Runden Tisches zum Thema „Straßennetz“ in Buchholz.

Der Kreis wolle erreichen, dass eine Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes Lüneburg doch noch zugelassen wird. Wie berichtet, hatte das Gericht das Planfeststellungsverfahren für die Umgehungsstraße kassiert. Beim Runden Tisch standen sich Ostring-Gegner und -Befürworter einmal mehr unversöhnlich gegenüber.

Der Ostring und kein Ende

Runder Tisch „Straßennetz“ gerät zum Monothema-Abend / Teilnehmer kritisiert „Nebelwerferei“



Bild: SB

drücken, um die Bebauung von Flächen in Buchholz' Osten voranzutreiben, so Wenzel. Wider besseren Wissens eine verkehrliche Entlastung der Innenstadt durch den Ostring zu verkünden, sei eine „bodenlose Unverschämtheit“.

• Der letzte Runde Tisch findet am Montag, 4. März, ab 18 Uhr in der Rathauskantine statt. Dabei geht es um die Entwicklung der Innenstadt.

Rund 100 Gäste kamen zum Runden Tisch in die Aula der Buchholzer Waldschule

os. Buchholz. Die Umgehungsstraße „Ostring“ in Buchholz soll 16,5 Millionen Euro kosten. Das sagte Uwe Karsten vom Landkreis Harburg beim Runden Tisch „Straßennetz“, der im Rahmen der Erstellung des Mobilitätskonzeptes stattfand. Rund 100 Gäste kamen am vergangenen Donnerstag in die Aula der Waldschule.

Karsten stellte den Besuchern detailliert die Trassenführung für die umstrittene Straße vor. Sie habe mit 7,50 Metern Breite - zuzüglich jeweils zwei Meter Radweg - die gleichen Ausmaße wie die Südspange in Hittfeld, die 2012 fertiggestellt wurde.

Karsten prognostizierte eine Entlastung der Hauptverkehrsader Hamburger Straße/Kirchenstraße durch den Ostring um 25 bis 30 Prozent. Das gehe aus den Verkehrsprognosen hervor, auf denen die Ostring-Planung fußt. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2007.

Verkehrsplaner Wolfgang Haller betonte, dass die Verkehrszahlen in den vergangenen Jahren nicht signifikant gestiegen sind. „Es ist nicht so, dass immer mehr Fahrzeuge sich durch Buchholz quälen“, sagte er. Natürlich könne auch eine stagnierende Zahl von 17.000 Fahrzeugen pro Tag in

der Kirchenstraße lästig sein. Durch den Ausbau des Mühlentunnels werde es keine nennenswerte Entlastung der Nord-Süd-Achse geben, prognostizierte Haller.

Obwohl eigentlich über das gesamte Straßennetz diskutiert werden sollte, beherrschte der Ostring eindeutig den Abend. Einmal mehr standen sich Befürworter und Gegner unversöhnlich gegenüber. Als „Nebelwerferei“ kritisierte Teilnehmer Bernd Wenzel den Runden Tisch. Es sei nicht um Information der Gäste gegangen. Die Verwaltung wolle den Ostring unter allen Umständen durch-



Uwe Karsten (Landkreis Harburg) berichtete über den Ostring

Befindlichkeiten statt Argumente

Ostring: Politiker bekommen keine gemeinsame Lösung hin / Gericht muss schnell entscheiden

Der Runde Tisch hat eines verdeutlicht: Es wird höchste Zeit, dass das Verwaltungsgericht schnell das Ostringverfahren fortsetzt. Die Richter - und nur die - haben derzeit das Heft des Handelns in der Hand. Es ist im Grunde ganz einfach: Das Gericht hat den Planfeststellungsbeschluss kassiert. Bleiben die Richter bei ihrer Entscheidung, muss der Ostring komplett neu geplant werden. Bleibt es nicht dabei, die Zulassung auf Berufung des Kreises hat Erfolg und der Plan wird doch noch genehmigt, wird die Straße gebaut.

Dann geht es nur um Details bei der Ausführung.

Die Buchholzer Lokalpolitiker haben einmal mehr eindrucksvoll bewiesen, dass sie - allen Versprechungen zum Trotz - zu einer gemeinsamen Lösung in der Ostring-Frage nicht fähig sind. Um Sachargumente geht es schon lange nicht mehr, persönliche Befindlichkeiten bestimmen die Szenerie. Die Bürger sind zunehmend genervt vom Hickhack der politischen Lager. Sie wollen eine

Lösung, die Mehrheit hat sich beim Bürgerentscheid für den Ostring ausgesprochen. Die Bürger bemerken genau, wer taktiert. Dass sich z.B. Norbert Stein (SPD), der alle Details zum Ostring bestens kennt, dumme stellt und überflüssige Fragen stellt, brachte dem Ex-Bürgermeister aus dem Publikum nicht zitierfähige Bemerkungen ein. Zu Recht.

Die Stadt trifft an der Zuspitzung des Streits eine Mitschuld. Im Rahmen des Runden Tisches noch einmal detailliert

auf den Ostring einzugehen, war eine Schnapsidee. Es wurde Bekanntes aufgetischt, aber nichts zu den nächsten Schritten erzählt. Die Bürger waren nach dem Vortrag genauso schlau wie vorher.

Die Diskussion mit bekannten Argumenten lähmt zunehmend die Umsetzung von Maßnahmen, die den Verkehrsfluss in Buchholz verbessern können. Zu einem Kreisel am Nordring können die Lokalpolitiker gerne diskutieren - aber nicht mehr zum Ostring. Da ist längst alles gesagt.

Oliver Sander

Kommentar

Ostring-Gegner trumpfen auf

Buchholz (cpa). Kaum ist Straßenverkehr das Thema beim Buchholzer Mobilitätskonzept, wird wieder über den Ostring gestritten. Beim dritten „Runden Tisch“ taten sich vor allem die Ostring-Gegner hervor, bahnbrechende neue Ideen blieben gänzlich aus. Ein Teilnehmer übte im Nachhinein Kritik am gesamten Prozess zum Mobilitätskonzept: Die Verwaltung wolle den Ostring über jegliche andere Maßnahme stellen. ▶ Seite 8

Emotionen statt Ergebnisse

MOBILITÄTSKONZEPT Ostring-Gegner bestimmen die Diskussion beim „Runden Tisch“

Von Corinna Panek

Buchholz. Gereizte Stimmung beim dritten „Runden Tisch“, Thema Straßennetz: Jüngst trat das ein, was mit dem Bürgerforum zum Mobilitätskonzept hätte verhindert werden sollen: Der Ostring dominierte die Diskussion.

Etwa 100 Teilnehmer waren in die Aula der Waldschule gekommen, das Moderatoren-Team hatte sieben Themenbereiche für die Gruppenarbeit vorbereitet. Mehr Zeit als geplant verstrich jedoch davor aufgrund des Vortrags von Uwe Karsten, Betriebsleiter Kreisstraßen beim Landkreis Harburg, zum „aktuellen Sachstand“ beim Ostring.

Karsten wurde in seinem Vortrag immer wieder durch Zwischenfragen aus der Ostring-Gegnerschaft unterbrochen. Etwa, warum die neuesten Verkehrserhebungsdaten aus 2007 stammen, wie hoch die erwartete Entlastungswirkung sei und was die Straße kosten soll. Die Zahlen seien zuletzt für das Planfeststellungsverfahren erhoben worden, sagte Karsten, der von 25 bis 30 Prozent Entlastung für die Innenstadt sprach. Die Baukosten bezifferte er mit 16,5 Millionen Euro, basierend auf Daten von 2009. Wolfgang Haller vom SHP-Planungsbüro informierte über Verkehrsdaten: Es sei nicht richtig, dass die Zahlen kontinuierlich steigen, „aber trotzdem können 15 000 Fahrzeuge täglich in der Kirchenstraße lästig sein“.



Schlange auf der Canteleubücke: Hier ist die Verkehrsbelastung hoch - aber in den vergangenen Jahren nicht noch weiter gestiegen.

Foto: cpa

Die Frage, wie viel Zeitersparnis der Ostring bringe, konnte er nicht sagen, „das muss ich herausuchen“. Anschließend stellte Haller - im Grunde bekannte - Alternativen vor:

- ▶ Ausbau von Reindorfer und Klecker Weg.
- ▶ Ausbau von Am langen Sal parallel zur Bahn.
- ▶ Trasse vom Buchholzer Berg am Finanzamt vorbei - wie Uwe Karsten zuvor informiert hatte, war diese Variante bei der Ostringplanung als zu nah an den Wohnhäusern verworfen worden.

▶ „Südstadtbrücke“ über die Bahn in Bahnhofsnähe und Anbindung an die geplante

Südtangente - „diese hätte nur lokale Wirkung und würde die Bremer Straße höher belasten“, so Haller.

- ▶ Mühlentunnel - hier sah Haller keine nennenswerte Entlastung für die Innenstadt.
- ▶ Umgestaltung von Kreuzungen, intelligente Ampeln.

Die meisten Beiträge aus den Arbeitsgruppen erhielt das letztgenannte Thema, wenig Interesse fand das Brückenprojekt. Auf der Ostring-Tafel klebten Kritik und Aufrufe, Fragen zu beantworten.

Scharfe Kritik am ganzen Verfahren übte Bernd Wenzel, der bisher an allen „Runden Tischen“ teilgenommen hatte.

Er unterstellte der Verwaltung in einem Brief: „Das Verfahren ist der ungeheuerliche Versuch der Stadtverwaltung, die Bürger zu verdummen, die Bürger vor allem mit dem Ostring zu beschäftigen.“ Er erinnerte daran, dass der Ostring ursprünglich gar nicht im Mobilitätskonzept diskutiert werden sollte. Er bedauerte, dass Uwe Karsten nur den Planungs-, aber nicht den Rechtsstatus vorstellte: Wegen des noch offenen Gerichtsverfahrens, eines möglichen Berufungsverfahrens und möglicher Neuplanung der Trasse sei der Ostring auf Jahre nicht realisierbar.

Fragen zu Kreisel an Unfallkreuzung

os. Buchholz. Nach dem jüngsten schweren Unfall an der Kreuzung Hamburger Straße/Nordring in Buchholz (das WOCHENBLATT berichtete) fordert die Buchholzer Liste die Einrichtung eines Kreisels an dem neuralgischen Knotenpunkt. Fraktionsvorsitzender Peter Eckhoff hat einen Fragenkatalog an die Verwaltung geschickt: U.a. will er wissen, wann die Stadt endlich gemeinsam mit dem Landkreis Harburg ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommt, welche Maßnahmen konkret geplant sind und warum der Kreisel nicht unabhängig von der Ostring-Planung umgesetzt wird. Zudem soll die Verwaltung kurzfristige Maßnahmen zur Entschärfung der Situation an der Kreuzung benennen. Diese habe sich nach Polizeiangaben zu einer Unfallhäufungsstelle entwickelt, so Eckhoff.

Nordheide Wochenblatt vom 2. März 2013

Ostring-Storno ist jetzt im Kreistag vom Tisch

Gruppe Grüne/Linke hat Antrag zurückgezogen

rs. Seevetal. Auch der Buchholzer Bürgermeister Wilfried Geiger hatte zur jüngsten Kreistagsitzung am Donnerstag den Weg in die Burg Seevetal gefunden. Grund: Zum wiederholten Mal stand ein Antrag der Gruppe Bündnis 90 Die Grünen/Die Linke auf der Tagesordnung, mit dem Ziel die geplante Buchholzer Ostumgehung endgültig zu beerdigen.

Inhalt des Antrags: Der Landkreis nimmt seinen Antrag auf Zulassung zur Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes zurück und löst die Vereinbarung mit der Stadt Buchholz zum Bau des Ostrings im gegenseitigen Einvernehmen auf. Wie berichtet, hat das Gericht die derzeitige Ostring-Planung kassiert.

Bei unklarer Mehrheitslage im Verlauf der Kreistagsitzung wollte Grünen-Sprecherin Elisabeth Bischoff den Antrag lediglich zurückstellen lassen. CDU-Fraktionschef Dr. Hans-Heinrich Aldag appellierte an die Gruppe Grüne/Linke, das Thema endgültig aus der politischen Debatte zu nehmen. Vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids in Buchholz, wo sich eine deutliche Mehrheit für die Beibehaltung der Vereinbarung zum Bau des Ostrings mit

dem Landkreis ausgesprochen habe, sei es demokratisches Mindestmaß, dieses Bürgervotum auch ernst zu nehmen.

Nach Beratung in der Gruppe und Signalen aus der SPD-Fraktion stellt Grünen-Sprecherin Bischoff schließlich fest: „Wir ziehen den Antrag ganz zurück.“

Damit haben die im Mai 2012 durch die rot-bunte Kreistagsmehrheit bereits aufgekündigten Verträge zwischen Buchholz und dem Landkreis zum Bau des Ostrings wieder Bestand. Ohnehin ist der Buchholzer Stadtrat noch knapp zwei Jahre an den Bürgerentscheid aus dem Januar 2013 gebunden. 61,8 Prozent der Buchholzer hatten sich für die Weiterführung der Ostring-Vereinbarung ausgesprochen.

Günter Helmrich, Mitinitiator des Bürgerentscheids, nimmt die Rücknahme des „Ostring-Verhinderungsantrags“ mit Erleichterung zur Kenntnis: Helmrich: „Ich hoffe, dass nach dem eindeutigen Votum in Buchholz Stadt und Kreis einen gangbaren Weg finden, den Ostring zu realisieren.“

Inzwischen hat die Kreisverwaltung das Verwaltungsgericht um die Weiterführung des Verfahrens gebeten. Bleibt abzuwarten, ob die Berufung zugelassen wird.

„Dem Bürger hängt das Gezänk schon lange zum Hals raus“

Betr.: „Der Ostring und kein Ende“ (WOCHENBLATT 09/13) - Runder Tisch „Straßennetz“ gerät zum Monothema-Abend / Teilnehmer kritisiert „Nebelwerfer“.

Die Ignoranz der Ostringegner war wirklich bemerkenswert, als hätte es nie eine Bürgerbefragung mit dem eindeutigen Votum für die Weiterführung der Ostringplanung, gegeben. Demokratisches Verhalten sieht anders aus. Das Ganze hat für mich schon ideologische Züge und mit Sachpolitik nichts mehr zu tun.

Die Politiker im Stadtrat sollten endlich begreifen, dass dem Bürger das kleinkarierte Gezänk zum Thema Ostring schon lange zum Hals heraushängt, und jetzt endlich erwartet wird, dass der Bürgerwille zügig umgesetzt wird. Es ist schon zu viel Zeit und Geld sinnlos verschwendet worden. Bezeichnend ist, dass gerade die Parteien, die im Wahlkampf für mehr Bürgernähe und Transparenz eingetreten sind, jetzt das Ergebnis der Bürgerbefragung ignorieren.

**Hinrich Reinecke
Buchholz**

„Man zieht sich zusätzlichen Verkehr nach Buchholz“

Diese Informationen lauten: Aufgrund eines der Stadtverwaltung Buchholz vorliegenden Gutachtens und des Flächennutzungsplanes werden am Buchholzer Nadelöhr, der Kirchenstraße, vor und nach dem Ostringbau gleich viele Fahrzeuge gezählt. Der Ostring wird dann zwischen 8.000 und 12.000 Fahrzeugen haben, wodurch die B75 um einige Tausend Fahrzeuge entlastet wird. Man zieht sich also zusätzlichen Verkehr nach Buchholz hinein.

Der Landkreis muss jetzt erst einmal darum kämpfen, dass die bisher abgelehnte Berufung gegen das ablehnende Urteil des Verwaltungsgerichtes doch noch zugelassen wird. Gelingt das, dann würde sich das Oberverwaltungsgericht auch noch mit den Einsprüchen einiger Grundstückseigentümer befassen, die bisher noch gar nicht behandelt worden sind. Da geht es um Entscheidungen! Das alles kann viele Jahre dauern. Geht die Sache dann womöglich noch zum Bundesverwaltungsgericht, ist mit einer Ostringfertigstellung vor einem Jahrzehnt nicht zu rechnen. Deshalb bleibt nur eine logische Konsequenz: die vor einiger Zeit mutwillig verengte Kirchenstr./Hamburger Str. muss eiligst verkehrsgerecht umgebaut werden!

**Bernd Wenzel
Buchholz**

„Jeder Vorschlag wird mit ‚Allheilprojekt‘ Ostring verhindert“

Betr.: „Eine gefährliche Kreuzung“ (WOCHENBLATT 08/13) - Hamburger Straße/Nordring: Seit 20 Jahren dulden die Behörden einen untragbaren Zustand.

Bürgermeister Geiger, CDU und FDP im Stadtrat sowie im Kreistag nehmen die gefährliche Situation an der Kreuzung Nordring/ Hamburger Straße billigend in Kauf. Seit Jahren wird in Buchholz jeder Vorschlag zur Verbesserung der Verkehrssituation mit Hinweis auf das „Allheilprojekt“ Ostring verhindert.

Die von meiner Fraktion wiederholt eingebrachten Anträge (zuletzt Ende 2011) zur Schaffung eines Kreisels am Nordring wurden von Bgm. Geiger und von „Kreisel-Arno“ Reglitzky mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Landkreises und dem zu erwartenden Ostring soweit verwässert, dass lediglich eine Veränderung der Markierung übrig blieb. Offensichtlich muss erst noch Schlimmeres passieren, bevor Geiger und seine Unterstützer von ihrer realitätsfernen Blockadepolitik abrücken.

**Joachim Zinnecker
B'90/ Die Grünen
Sprecher der Fraktion im Rat
der Stadt Buchholz i.d.N.**

Eisbären in der Sahara

Oder: Ist das Buchholzer Bürger-Mobilitätskonzept noch zu retten?

Vorweg: Dass ein Bürger-Mobilitätskonzept für Buchholz eine gute Sache sein könnte, steht für die meisten außer Frage, für mich auch. Aber nur jenseits von Politiker-Querelen und Strategiespielchen der Stadtverwaltung, wie sie - von Mal zu Mal heftiger - mit dem Projekt einhergegangen sind.

In Buchholz, so hatte es nach der jüngsten Kommunalwahl der Stadtrat beschlossen, soll Stadt- und Verkehrsplanung künftig mit den Bürgern passieren - und nicht über deren Köpfe hinweg. Mit einer Bürgerumfrage und mehreren Runden Themen-Tischen sollte das Wissen der Stadtbewohner zu den Experten in der Verwaltung transferiert werden. Kosten: 50.000 Euro.

Der jüngste Runde Tisch zum Thema „Innenstadt“ hat aber schonungslos offen gelegt: Die Bürgerbeteiligung ist am Ende: Unter den 40 Anwesenden kaum ein Dutzend Normalos, der Rest Funktionsträger aus Stadtrat, Verbänden und Verwaltung.

Warum ist das so? Eine Ursache: Die Stadtverwaltung hatte zuvor den Runden Tisch zum Thema „Straßenverkehr“ zum Ostring-PR-Termin umfunktionierte. Was wiederum die Ostring-



Photo: Dieter/pschelde

Eisbären in der Sahara oder Buchholzer Bürger als Verkehrsplaner - beides ist höchst unwahrscheinlich

Gegner von SPD, Grünen und Buchholzer Liste auf die Palme brachte. Alter Streit in neuem Rahmen. Bürger mit Ideen wurden vor den Kopf gestoßen.

Auf ein Wort

Der Ostring-Vortrag, überflüssig wie ein Kropf, und die am Runden Tisch „Innenstadt“ vorgebrachten Visionen des von der Stadt beauftragten Verkehrsplaners zu einer verkehrsberuhigten Kirchenstraße - was hat das mit Bürgerbeteiligung zu tun? Beides

scheint eher in die Sicht des Buchholzer Bürgermeisters zu passen. Wilfried Geiger will den Ostring um jeden Preis. Und hält von dieser Art Basisdemokratie etwa soviel, wie von Eisbären in der Sahara - was er aber niemals öffentlich eingestehen würde.

Ist das Bürger-Mobilitätskonzept für die Stadt Buchholz noch zu retten? Vielleicht! Denn vielleicht passiert ja ein Wunder. Ein Wunder wäre es, wenn diejenigen, die jetzt mit der Auswertung der bürgeroffenen Veranstaltungen beauftragt sind - Verkehrsbehörde, Planer und Verbandsvertreter - über ihren Schatten springen könnten, ihr eigenes Süppchen vom Herd nehmen und wirklich offen und ergebnisorientiert die aus der täglichen Praxis geborenen Überlegungen, Ideen und Anregungen zur Verkehrsoptimierung in Buchholz in ein umsetzbares Konzept einarbeiten würden. Allerdings: Die Pläne müssten auch noch umgesetzt werden. Und darüber würden Politiker und Stadtverwaltung und nicht die Bürger entscheiden.

Na ja, vielleicht gibt's ja wirklich mal Eisbären in der Sahara. Und irgendwann wird's ja wohl auch den Ostring geben.

Reinhard Schrader

Ein Grüner im Gegenwind

Kritik an Joachim Zinnecker wegen seiner Haltung zum Ostring nach dem Bürgerentscheid

rs. Buchholz. Bei etlichen Buchholzern hat Grünen-Chef Joachim Zinnecker offenbar den Nerv getroffen. Auf seinen Leserbrief im WOCHENBLATT vom 13.03, in dem er CDU, FDP und dem Bürgermeister unter anderem vorwirft, seit Jahren jede Verbesserung der Verkehrssituation mit Hinweis auf den zu erwartenden Ostring zu verhindern, gibt es ein breites Echo.

In einem offenen Brief an Bürgermeister Wilfried Geiger, FDP-Fraktionschef Arno Reglitzky und das WOCHENBLATT schreibt Franz-Hartwig Betz, Chef der weltweit tätigen gleichnamigen Holding: „Die Grünen sind einer der Befürworter von Bürgerentscheiden. Aber wenn dieser Bürgerentscheid nicht in die Ideologie



In der Kritik: Joachim Zinnecker (Grüne)

der Grünen hineinpasst, finde ich es geradezu unanständig, weiter gegen den Mehrheitswillen der Bürger anzurennen.“ Die Kritik hat Gewicht, weil der Unternehmer bekanntlich nicht zu den besten Freunden des Bürgermeisters und der CDU/FDP zählt.

Und Jürgen Ulbricht meint: „Auch wenn Herr Zinnecker immer wieder auf die Unsinnigkeit des Ostrings hinweist, sollte er nicht vergessen, dass sich die Bürger schon zweimal mit großer Mehrheit für den Ostring entschieden haben.“

Erich Hirt, Anwohner der verkehrsgeplagten Hamburger Straße, schreibt unter anderem: „Sie geben ja zu, dass sie eine vernünftige Umgehung über Jahrzehnte verhindert haben, wollen aber mit ihrem

Brief mal wieder die Buchholzer Bürger verdimmen. Überlegen Sie sich, was Sie schreiben, es könnte sich bei der nächsten Wahl negativ für Sie auswirken.“

Noch eine Reihe von Bürgern wenden sich dagegen, dass Joachim Zinnecker an der Spitze der Grünen auch bei der Diskussion um das Mobilitätskonzept der Stadt Buchholz weiter Front gegen den Ostring macht. Die Vorwürfe gipfeln in Vorwürfen, der Grünen-Politiker, der in der Nähe der geplanten Ostring-Trasse wohnt, stelle sein persönliches Wohl über das der Stadt. Und das nach dem Bürgerentscheid, bei dem sich über 61 Prozent der Urnengänger für die Beibehaltung der Ostringplanung ausgesprochen haben.

Buchholzer FDP fordert Vize-Bürgermeister zum Rücktritt auf

Der Vorstand der Buchholzer FDP hat den stellvertretenden Bürgermeister Joachim Zinnecker zum Rücktritt von seinem Amt aufgefordert.

Buchholz. "Dass er bei jeder Gelegenheit gegen den Ostring und damit gegen den Bürgerentscheid argumentiert, lässt Zweifel daran aufkommen, dass er den Mehrheitswillen der Bürger vertritt", sagt der FDP-Vorsitzende Wilhelm Pape über den Vize-Bürgermeister und Fraktionschef der Grünen. Es liege nahe, dass Zinnecker nicht ganz uneigennützig gegen den "Verkehrswahn" argumentiere: Der Ostring würde ganz dicht an seinem Haus vorbeiführen.

Stv. Bürgermeister soll zurücktreten

bim. Buchholz. Der stellvertretende Buchholzer Bürgermeister Jochim Zinnecker (Grüne) soll zurücktreten. Das fordert jetzt die Buchholzer FDP. Dass er bei jeder Gelegenheit gegen den Ostring und damit gegen den Bürgerentscheid zum Ostring in Buchholz argumentiere, lasse Zweifel aufkommen, dass er den Mehrheitswillen der Bürgerinnen und Bürger vertritt, kritisiert die FDP. Offensichtlich verfolge Joachim Zinnecker, der nah an der geplanten Trasse wohne, Eigeninteressen. Wer weiterhin gegen den Ostring-Gegner wettet, Seite 7

„Eine verzerrte Darstellung“

FDP-Sprecher Arno Reglitzky lobt Briefschreiber Betz und macht Front gegen die Grünen

rs. Buchholz. „Leider haben sich Fairness und Sachlichkeit in der Politik wohl auch in Buchholz verabschiedet. Deshalb finde ich Ihre persönliche Einlassung und Kommentierung besonders bemerkenswert und wertvoll“ - das schreibt FDP-Fraktionschef Arno Reglitzky an Franz-Hartwig Betz.

Der Liberale bezieht sich auf einen im WOCHENBLATT abgedruckten offenen Brief, in dem der Buchholzer Unternehmer Kritik an der Haltung der Grünen, speziell an der von Grünen-Chef Joachim Zinnecker, übt. Zinnecker hatte für den zügigen Bau eines Kreisverkehrs Nordring/Hamburger Straße plädiert und gleichzeitig einmal mehr den Bau des Ostrings ausgeschlossen.

Die Grünen, so hatte Betz kritisiert, akzeptierten nicht den Bürgerentscheid in Sachen Ostring, obwohl sie sich sonst Bürgernähe und demokratische Mitbestimmung auf die Fahnen schreiben würden.

Reglitzkys Vorwurf an Zinnecker geht darüber hinaus: „Herr Zinnecker skizziert eine verzerrte Darstellung. Die Bemühungen um einen Kreisverkehr zur verbesserten Verkehrssicherheit an der Kreuzung Nordring/Hamburger Straße werden seit Jahren von mir mitgetragen und auch gefordert. Der zitierte Antrag von Ende 2011 wurde von mir sogar mit initiiert, aber dann überraschend von der Gruppe ‚Rot-Grün und Co.‘ alleine eingereicht!



Foto: archive



Weiter auf Anti-Ostringkurs: Joachim Zinnecker

Wünscht sich mehr Fairness in der Buchholzer Politik: Arno Reglitzky

Trotzdem haben dann aber CDU und FDP in den Abstimmungen diesem Antrag voll zugestimmt.“

Da an der Nordring-Kreuzung aber drei Straßen einmün-

den, die dem Landkreis und nicht der Stadt gehören, trage der Landkreis drei Viertel der Verantwortung und der Kosten. Zuvor müsse aber ein entsprechender Antrag im Kreistag eingebracht werden. Sowohl die Grünen als auch die SPD, obwohl im Kreistag stark vertreten, hätten aber bisher dort keinen Antrag gestellt.

Reglitzky an die Adresse Zinneckers: „Dass man vor diesem Hintergrund gegen die Buchholzer Verwaltung, den Bürgermeister und Kommunalpolitiker vor Ort öffentlich polemisiert, finde ich einfach nicht fair!“

In Buchholz, so der Liberale, werde er auch weiter alle möglichen Verkehrsverbesserungen mittragen und für Entlastungen der Bürger eintreten. Eine wesentliche Verkehrsentslastung für Buchholz sei und bleibe aber trotz allem eine Entlastungstrasse im Osten der Stadt. Reglitzky: „Und darum werde ich mich auch weiter bemühen.“

**„Jetzt soll er auf
Teufel komm raus‘
durchgepaukt werden“**

Betr.: „Eine verzerrte Darstellung“ (WOCHENBLATT 14/13) - FDP-Sprecher Arno Reglitzky lobt Briefschreiber Betz und macht Front gegen die Grünen.

Seit 1981 setzen sich die Grünen dafür ein, die Verkehrsprobleme, wenn es sie denn gibt, auf intelligente Weise zu lösen. Sie wurden in den Ratsgremien immer wieder abgelehnt und ignoriert. Jetzt, wo kaum noch Alternativen offen sind, soll „auf Teufel komm raus“ der Ostring durchgepaukt werden; und die Grünen sind Schuld, wenn es nicht gelingt.

**Karl-Heinz Kühl
Buchholz**

**„Bürgerentscheid
ersetzt keine voraus-
schauende Politik“**

Dass die Grünen ebensowenig wie SPD und Buchholzer Liste nach dem Bürgerentscheid mit fliegenden Fahnen in das Lager der Ostring-Befürworter wechseln, war wohl kaum zu erwarten. Zumal die guten Argumente gegen die teure und naturzerstörende Umgehung ja nicht obsolet geworden sind. Ein Bürgerentscheid, der im übrigen nur einen Ratsbeschluss betrifft, ersetzt keine vorausschauende Politik.

**Kristian Stemmler
parteiloses Mitglied
im Buchholzer Stadtrat**

„Wo soll da der Eigennutz liegen?“

Betr.: „Eine verzerrte Darstellung“ (WOCHENBLATT /13) - FDP-Sprecher Arno Reglitzky lobt Briefschreiber Betz und macht Front gegen die Grünen.

Nachgerade peinlich ist die selektive Wahrnehmung von FDP-Ratsmitglied Reglitzky: Bekanntlich tritt Grünen-Mann Zinnecker öffentlich - auch im WOCHENBLATT - für eine kleine Ortsumgehung (sog. by-pass) ein, die an seiner eigenen Haustür vorbeiführen würde. Wo soll da Eigennutz liegen?

Auch leidet Reglitzky offenkundig unter partieller Amnesie, wenn er den Bürgerentscheid als ein Votum für den gerichtshängigen Mega-Ostring interpretiert. Als es darum ging, die Zulassung dieses Bürgerentscheids zu erwirken, haben er und seine Mitstreiter noch großen Wert darauf gelegt, dass der

Ostring als solcher gar nicht zur Abstimmung stehe. Nur so konnte in der damaligen Begründung des Bürgerentscheids auch jede Aussage zu Kosten und Nutzen der Umgehungsschnellstraße vermieden werden, die sonst erforderlich gewesen wäre.

Ob diejenigen, die die bewusst stark verklausulierte Fragestellung mit „Ja“ beantwortet haben, für den Mega-Ostring oder für andere Umgehungsvarianten bzw. Entlastungsmaßnahmen sind, wie sie mehrfach Gegenstand der WOCHENBLATT-Berichterstattung waren, ist ohnehin reine Spekulation. Wer, wie Reglitzky, von anderen lautstark Redlichkeit fordert, sollte zumindest denselben Maßstab an sein eigenes Verhalten anlegen.

**Dr. Martin Dieckmann
Buchholz**

„Dies fördert die Politikverdrossenheit der Bürger immens“

Wie politische Befürworter und Gegner des Ostringes mittlerweile miteinander umgehen, ist nicht nur beschämend, sondern fördert immens die Demokratie- und Politikverdrossenheit der Bürger.

Dass Buchholz einen Ostring braucht, das sieht sicher der überwiegende Teil der Bürger auch so. Hierfür müssen unsere gewählten Vertreter im Sinne unserer demokratischen Grundwerte über ihren eigenen Schatten springen und sich konstruktiv zusammensetzen, anstatt noch mehr Porzellan zu zerschlagen, auch wenn sie fast schon wieder im Wahlkampf sind. Da unsere von uns Bürgern gewählten Vertreter

ja alles erwachsene Menschen sind, bin ich guten Mutes, dass sie das jetzt auch endlich tun werden.

**Andreas Schmidt
Buchholz**

„Eigene Interessen spielen auch eine Rolle bei Befürwortern“

Betr.: „Stellvertretender Bürgermeister soll zurücktreten“ (WOCHENBLATT 14/13) - Die Buchholzer FDP fordert den Rücktritt von Joachim Zinnecker (Grüne).

Überall lese ich Artikel, die Herrn Zinnecker angreifen. Von einem Grünen-Abgeordneten erwarte ich auch, dass er sich für den Landschaftsschutz einsetzt, unab-

hängig davon wo er wohnt. Ich gehe davon aus, dass auch die Ostring-Befürworter nicht alle ausschließlich das Wohl der Stadt Buchholz im Auge haben, sondern dass auch da eigene Interessen bei der Entscheidung eine Rolle spielen.

**Gertrud Wolske
Buchholz**

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns, wenn Sie uns Leserbriefe schreiben, gerne auch per E-Mail. Bitte beachten Sie jedoch, dass wir Leserbriefe nur mit vollständigem Namen und Adresse veröffentlichen. Das gilt auch für Leserbriefe per E-Mail! Der Verlag behält sich das vor, Leserbriefe sinnvoll zu kürzen.

**„Die Bürger
sind intelligenter als
Sie glauben“**

**Betr.: Leserbrief von
Dr. Martin Dieckmann aus
Buchholz „Wo soll da der
Eigennutz liegen?“ (WO-
CHENBLATT 16/13) - zu dem
Artikel „Eine verzerrte Dar-
stellung“ (WOCHENBLATT
14/13).**

Ich bin beeindruckt, dass
der Herr Dr. Dieckmann mir
öffentlich attestiert, ich hätte
die Fähigkeit, 62 Prozent
der Buchholzer Bür-
ger in ihrer Wahl-
entscheidung beim Bürgerent-
scheid zu manipulieren.

Was mir aber missfällt
und ich auf das schärfste zu-
rückweise, ist die Tatsache,
dass er gleichzeitig 62 Prozent
mündiger Bürger beleidigt,
indem er unterstellt, sie wüs-
sten nicht, was sie gewählt hät-
ten.

Ein Fettnäpfchen, Herr Dr.
Dieckmann, Bürger sind intelli-
genter als Sie glauben.

**Arno Reglitzky
Buchholz**

Ostring-Ersatz wird jetzt vorangetrieben

Mehrheit im Buchholzer Rat beauftragt Verwaltung

rs. Buchholz. Die von den Grünen ins Spiel gebrachte Ersatztrasse für den vor dem Aus stehenden Buchholzer Ostring wird weiter vorangetrieben. Der Verwaltungsausschuss hat mit den Stimmen der bunten Mehrheit (u.a. SPD, Grüne, Buchholzer Liste) die Verwaltung beauftragt, die Möglich-



Hofft noch: Stadtchef Wilfried Geiger

keit einer Straßenverbindung zwischen der Canteleubücke und der Bendestorfer Straße zu prüfen. Die Trasse soll entlang der Bahn über die Straßen „Am

langen Sal“ und Itzenbütteler Weg führen und dann östlich der Kleingartenkolonie zur Bendestorfer Straße geführt werden.

Wie berichtet, hat das Verwaltungsgericht die fix und fertige Planung einer seit Jahrzehnten vorangetriebenen östlichen Buchholzer Umgehungsstraße gekippt.

Bürgermeister Geiger hofft noch, das Projekt mit Hilfe eines hochkarätigen Verwaltungsjuristen zu retten. Doch die Chancen stehen eher schlecht.

Durchbruch beim Rütgers-Gelände

Stadt Buchholz will die Pläne für das 15 Hektar große Areal am Bahnhof im Herbst vorstellen

Buchholz. Der Stadt Buchholz ist nach jahrelangem Hin und Her offenbar der Durchbruch beim Rütgers-Gelände gelungen. Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres sollen der Politik die Pläne für die seit Jahrzehnten brachliegende, rund 15 Hektar große Fläche südlich des Bahnhofs vorgestellt werden. Derzeit ist man in der Verwaltung noch dabei, die Details abzustimmen. Dabei geht es vor allem um den Sanierungsplan, denn Teile des Geländes der ehemaligen Imprägnierwerke sind mit Schadstoffen belastet. In der Vergangenheit hatte vor allem diese Bodenbelastung eine städtebauliche Nutzung des Areals, das aufgrund seiner guten Anbindung an Innenstadt und Bahnhof als Filetstück gilt, verhindert.

Passend zu der Tatsache, dass die Stadt in ihren Beratungen mit dem Eigentümer, der Rütgers AG, und einem Investor jetzt offenbar einen großen Schritt vorangekommen ist, hat die Buchholzer FDP einen aktuellen Antrag gestellt. Darin fordert der Fraktionsvorsitzende Arno Reglitzky zunächst ganz grundsätzlich, dass die Verwaltung für das Areal einen Rahmenplan zur Einleitung eines Bauleitverfahrens entwickeln soll. Neben Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern sollten dort auch kleinere Gewerbebetriebe und Bürogebäude entstehen. Letztere insbesondere in Nähe der Bahnstrecke.

Aus Sicht von Reglitzky ist es aber unverzichtbar, dass "die Randbedingungen für eine Bebauungsplanung von der Stadt Buchholz klar erkannt und festgeschrieben werden", bevor es zu einem Abschluss der Verhandlungen mit Eigentümern und Investoren kommt. "Der Stadtrat hat eindeutige Richtlinien vorzugeben, bevor mögliche Entwicklungskonzepte unter Umständen in eine falsche Richtung laufen könnten", sagt er. Die Probleme für eine Wohnbebauung seien bekannt. Es gehe dabei um die Bodensanierung und die verkehrliche Anbindung. "Beides sind Problembereiche, die nicht zu zusätzlichen Belastungen von Menschen führen dürfen", fordert Reglitzky.

Beispielsweise hält er die prognostizierte Zahl von täglich 1600 zusätzlichen Fahrzeugbewegungen über Canteleubrücke/Innenstadt beziehungsweise Mühlenweg für nicht tragbar. Vorstellbar sei hingegen eine mögliche Bebauung des Areals vor Fertigstellung des Ostrings, sofern die Realisierung der Trasse rechtssicher entschieden und alle Details zur Entwicklung des gesamten Geländes im Wege von städtebaulichen Verträgen abgestimmt seien, so Reglitzky. Wichtig sei ebenfalls, die stark belastete Kernzone des Grundstücks als eine auf Dauer nicht bebaubare und nicht nutzbare Altlastfläche zu behandeln. Darüber hinaus schlägt er vor, zu prüfen, inwiefern EU-Mittel zur Förderung infrage kommen.

Ostring-Hoffnung hat getrogen

rs. Buchholz. Die Chancen für eine zügige Realisierung des fix und fertig geplanten Buchholzer Ostrings sind weiter gesunken. Bei einem Gespräch im Buchholzer Rathaus setzten Joachim Bordt und 1. Kreisrat Rainer Rempe jetzt Bürgermeister Wilfried Geiger in Kenntnis, dass ein eingeschalteter Spitzenjurist keine Chancen sieht, das Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg auszuhebeln.

Wie berichtet, hat das Gericht den Ostring-Planfeststellungsbeschluss für ungültig erklärt und keine Berufung zugelassen. Zumindest diese Berufung wollen Kreis und Stadt aber noch anstreben. Sollte das scheitern, werde man neu planen. Das würde aber Jahre dauern.

Die Buchholzer in der Falle

Tunnelplanung vor Gericht / Wird der Ostring zum Phantom?

rs. Buchholz.
Für viele Bürger bringt es das Fass zum Überlaufen: Durch den seit Jahrzehnten andauernden Politiker-Streit, welche Nord-Süd-Verkehrs-anbindung in Buchholz zuerst realisiert werden soll, ist jetzt ein einziger Scherbenhaufen entstanden: Ostring und Mühltunnel sind beide Gegenstand von Gerichtsverfahren. Für den Ostring ist eine Rea-



lisierung in einem überschaubaren Zeitraum aussichtslos, der Mühltunnel-Ausbau wird nur dann kommen, wenn die Verwal-

Die Mehrheit der Buchholzer ist für den Ostring. Doch seine Realisierung ist wieder in weiter Ferne

tung bei der Planung künftig fehlerfrei arbeitet und ab sofort die Politiker aller Fraktionen an

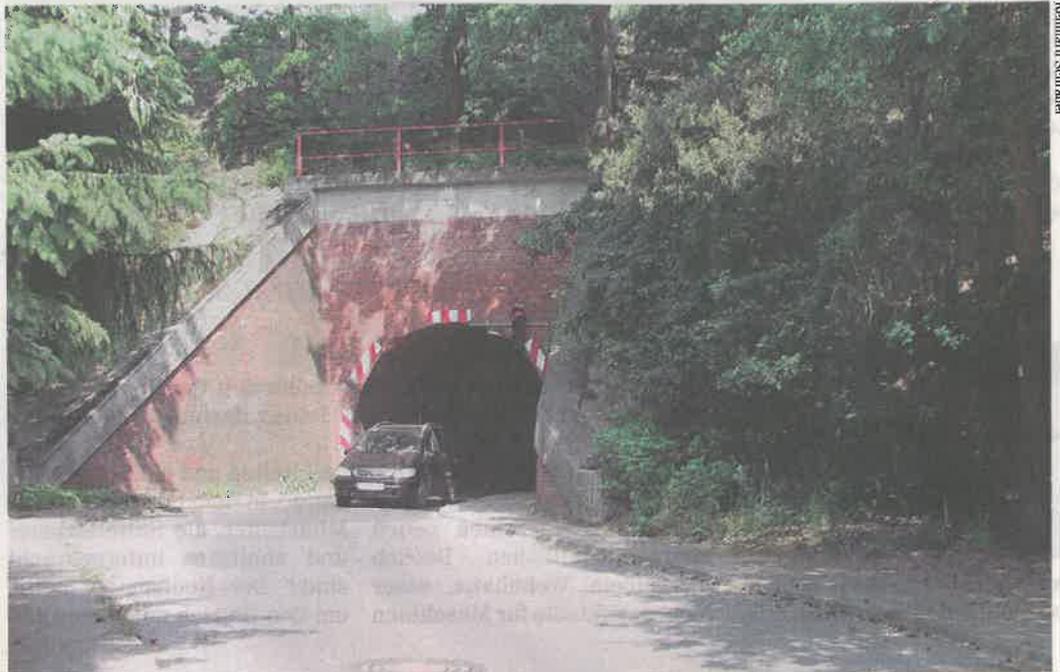
einem Strang ziehen. Beides ist schwer vorstellbar.

Beim Ostring haben sich Buchholz und der Landkreis zur Realisierung zwar vertraglich verpflichtet. Die Buchholzer haben diesen Vertrag auch per Bürgerentscheid im Januar nochmals bekräftigt. Trotzdem liegt der Bau der Straße ferner denn je, seit das Verwaltungsgericht vor zwei Jahren das komplette Planfeststellungsverfahren kassiert hat. Seither leben Landrat Joachim Bordt und Buchholz' Bürgermeister Wilfried Geiger das Prinzip Hoffnung: Sie hoffen, ein inzwischen Millionen teures Planverfahren zu retten, das nicht zu retten ist. **Seite 5**

Pleiten, Pech und Pannen

Ostring und Mühltunnel - wie die Verwaltung die beiden wichtigsten Buchholzer Verkehrsprojekte verschlampt

rs. Buchholz. Die Nachricht hat weitreichende Folgen für die Buchholzer Autofahrer: Ein Unternehmen, das sich bei der Vergabe des Planungsauftrags für den Neubau des Mühltunnels übergeben sieht, wehrt sich dagegen vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle. Wann und wie das entscheidet, steht in den Sternen. Damit wird sich die Realisierung des neben dem Ostring wichtigsten Buchholzer Verkehrsprojektes weiter verzögern - über Wochen, Monate oder Jahre? Nach der Ostring-Pleite scheint alles möglich.



Reinhard Schröder

Der Mühltunnel bleibt vorerst das Nadelöhr der wichtigen Buchholzer Nord-Süd-Verbindung im Verlauf der gut ausgebauten Mühlenwege



Bürgerentscheid ohne Wirkung: Buchholz steht weiter im Stau

Was mag hinter der neuen Pannestecke stehen? Wie berichtet, haben die Gegner des Tunnel-Ausbau, überwiegend Anwohner, die in Politik (CDU/FDP) und Rathaus gut vernetzt sind, das in Stein gemeißelte Nadelöhr der zweiten Nord-Süd-Querung der Bahn über die vergangenen Jahrzehnte gerettet. Ihre Taktik: Ja zum Tunnel, aber nur, wenn vorher der Ostring gebaut wird.

Seit im vergangenen Herbst das Verwaltungsgericht den kompletten Planfeststellungsbeschluss für den Ostring kassiert hat, ist die Realisierung der seit 30 Jahren geplanten Ostumgehung aber wieder in weite Ferne gerückt. Unter dem Druck der neuen bunten Stadtratsmehrheit sah sich Bürgermeister Wilfried Geiger deshalb gezwungen, die Tunnel-Planung wieder aufzugreifen.

Eine Planung, die Norbert Stein, sein Vorgänger mit SPD-Parteibuch, schon weit vorangetrieben hatte. Stein sagt bis heute, sein Nachfolger hätte die Pläne nur weiterführen müssen, dann wäre der Tunnelausbau wohl schon fertig.

Geiger behauptet dagegen, alles seien nur unverbindliche Vorplanungen gewesen, er habe deshalb ganz von vorn anfangen müssen. Wer recht hat, lässt sich vermutlich nur per Akteneinsicht klären. Vieles spricht aber dafür, dass Geigers Vorgänger Stein die Wahrheit sagt.

Bürgermeister Geiger muss auch die neue Planungsspanne angelastet werden. Denn: Absicht oder nicht, Geigers Verwaltung hat offenbar bei der Vergabe des Planungsauftrags Anfängerfehler gemacht. Sie hat nach WOCHENBLATT-Informationen nicht dem billigsten, stattdessen dem „günstigsten“ Anbieter den Zuschlag



In der Verkehrspolitik erfolglos: Wilfried Geiger - wird die Bürgermeisterkette zu schwer für ihn?

erteilt. Das ist nach Vergaberecht möglich, aber an die Erfüllung nachvollziehbarer Kriterien gebunden. Und die hat die Verwaltung nicht herausgearbeitet. Oder würde sonst das sich benachteiligt fühlende Unternehmen vor Gericht gehen?

Da nützt es auch nichts, dass die zuerst eingeschaltete Vergabekammer Niedersachsen (eine

Art Prüf- und Schlichtungsstelle) sich noch auf die Seite der Buchholzer Stadtverwaltung geschlagen hat. Denn die Richter am OLG Celle dürften andere Maßstäbe anlegen.

Es läuft wohl ähnlich wie beim Ostring. Auch dort wollte der Buchholzer Bürgermeister mit dem Kopf durch die Wand, schlug alle Warnungen vor hohen juristischen Klippen in den Wind - und ist jetzt gestrandet.

Geiger sagt zwar, er habe mit einem hochqualifizierten Verwal-

tungsjuristen noch ein heißes Eisen im Feuer. Bis Ende dieses Monats werde es eine Lösung geben. Doch wer mag das glauben bei dieser Pleiten-, Pech und Pannenserie? Am Ende bleiben die Bürger buchstäblich auf der Strecke. Die Buchholzer Pendler genauso wie die Menschen aus der Umgebung, die Buchholz als Einkaufstadt braucht.

Weiter nach dem Prinzip Hoffnung?

Ostring Buchholz: Stadt und Kreis setzen unverdrossen auf den vom Gericht vor zwei Jahren kassierten Planfeststellungsbeschluss

rs. Buchholz. Im November 2011 hat das Verwaltungsgericht Lüneburg ein Enteignungsverfahren für benötigte Trassenflächen gegen den Buchholzer Landwirt Heinrich Behr gestoppt und gleichzeitig die Gesamtplanung für den Buchholzer Ostring kassiert. Eine Berufung haben die Richter ausdrücklich nicht zugelassen. Auf Ersuchen der Winsener Kreisverwaltung hat das Gericht die Urteilsverkündung dann auf Eis gelegt. Kreis und Stadt wollten inzwischen durch den bekannten Münchener Verwaltungsjuristen Dr. Andreas Geiger prüfen lassen, ob das Urteil über die Hintertür auszuhebeln ist. Seither sind fast zwei Jahre ins Land

gegangen. Jetzt hat der Landrat die Notbremse gezogen: „Das Risiko einer erneuten Niederlage vor Gericht wäre zu groß gewesen“, so Joachim Bordt.

Landkreis und Stadt Buchholz haben das Verwaltungsgericht nun gebeten, das Verfahren wieder in Gang zu setzen. Sie wollen nach dem letzten Strohalm greifen: In besonders begründeten Fällen kann das Oberverwaltungsgericht eine Berufung auch dann zulassen, wenn sie in erster Instanz ausgeschlossen wurde. Doch selbst wenn das passieren sollte, stünden Stadt und Kreis im besten Falle noch jahrelange Prozesse bevor.

Denn auch wenn der Ostring



Notbremse gezogen: Landrat Bordt

ohne den Zubringer „Heidekamp“ gebaut würde, wo die Flächen von Landwirt Behr liegen, oder sich Stadt und Kreis mit Behr doch noch einigen, bleiben noch die beiden Klagen direkt vom Trassenverlauf betroffener Ostring-Gegner. Außerdem, so hat Grünen-Fraktionschef Joachim Zinnecker bereits angekündigt, werde man prüfen müssen, ob der planfestgestellte Trassenverlauf den Grundsatz des sparsamen Landschaftsverbrauchs berücksichtige. Auch hier, so der Grüne, sehe man einen

aussichtsreichen Ansatzpunkt, die vom Landkreis vorgelegte Planung auszuhebeln.

Zinnecker signalisiert zugleich Kompromissbereitschaft für einen abgespeckten Ostring, der von der Canteleubrücke hinter der Feuerwache entlang unter der Bahn hindurch auf den vorhandenen Nordring führen könnte.

Zwar hat Landrat Joachim Bordt grundsätzlich nichts gegen eine neue Planungsvariante, sollte die aktuelle vor Gericht scheitern. Er sagt aber auch: „Ich warne davor, denn für

eine andere Variante könnte die Festsetzung als Kreisstraße ent-

fallen, das wäre dann eher eine städtische Entlastungsstraße.“ Auch hierfür gebe es vermutlich Zuschüsse, doch die hälftige Finanzierung durch den Kreis würde entfallen. Im Klartext: Eine solche Straße müsste Buchholz selbst bezahlen.

Landrat Bordt und Bürgermeister Geiger sind sich aber einig, dass auch nach einem völligen Scheitern vor Gericht der durch den Bürgerentscheid im Januar bekräftigte Vertrag zwischen Stadt und Kreis zum Bau einer Buchholzer Ostumgehung weitergeführt werden soll. Weiter nach dem Prinzip Hoffnung? Man werde dann eine neue Planung machen. Es wäre die dritte! Geschätzte Gesamtkosten, die bisher im Zusammenhang mit der Ostring-Planung angefallen sind: rund drei Millionen Euro!



Zu wenig kompromissbereit? Bürgermeister Wilfried Geiger

Ohne Kompromiss geht nichts!

Landrat Bordt und besonders der Buchholzer Bürgermeister Geiger sollten wissen: Ohne einen Kompromiss mit den derzeitigen Gegnern bleibt der Ostring das Phantom, das er seit fast 50 Jahren ist! Es muss eine Planung her, die sich nicht am Maximum, sondern am Machbaren orientiert.

Machbar ist der Ostring ohne sechs unnötige Brückenbauwerke, ohne Inanspruchnahme von Grundstücken derjenigen, die jetzt klagen und ohne den verrückten Straßenstummel in Richtung Vaensen, der das Buchholzer Fachmarktzentrum abhängt. **Reinhard Schrader**

Kommentar

„Es kommt zu Bremsmanövern und Hupkonzerten“

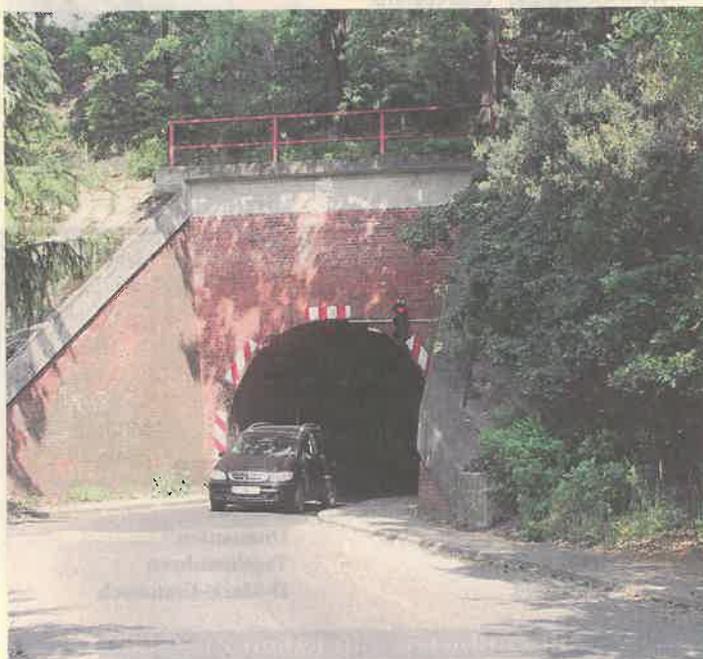
Betr.: „Pleiten, Pech und Pannen“ (WOCHENBLATT 30/13) - Ostring und Mühltunnel - wie die Verwaltung die beiden wichtigsten Buchholzer Verkehrsprojekte verschlampt. Selten hab ich mit so viel Kopfschütteln einen Ihrer Artikel gelesen. Der Seppenser Mühlenweg wird seit Ferienbeginn als Umleitungsstrecke genutzt, so-dass man eine Vorstellung bekommen kann, was ein Ausbau des Mühltunnels an

che 40-Tonner hier entlangfahren, kommt es - abgesehen von den entstehenden Straßenschäden - zu ungewollten Bremsmanövern und Hupkonzerten.

Bernhard Palsa
Buchholz

„Verschwendung von Steuergeldern kann vermieden werden“

Durch die gerichtliche Verzögerung bei der Vergabe des Planungsauftrags „Mühltunnel“ kann womöglich eine Verschwendung von Steuergeldern



Der Mühltunnel bleibt vorerst ein Verkehrs-Nadelöhr

vermehrtem Verkehrsaufwand bedeuten würde.

Sicherlich ist aber noch niemand von Ihnen an dieser Umleitungsstrecke gewesen, sonst hätte die Bildunterschrift der „gut ausgebauten Mühlenwege“, sofort den Abgang Richtung Papierkorb gemacht. Im Bereich Seppenser wurden einseitig die Fahrbahnrande provisorisch mit etwas Rollsplitt verbreitert, was beim Aufeinandertreffen zweier Stadtbusse immer noch sehr eng wird. Da jetzt aber auch sämtli-

in sechsstelliger Höhe vermieden werden. Denn sobald alle Bürger wissen, dass das Projekt mit voraussichtlichen Kosten von realistisch geschätzten 15 Millionen zu Buche schlagen und das Naherholungsgebiet Stadtteich zerstören wird, formiert sich der Widerstand, der die Planungen für diesen überdimensionierten und sinnlosen „Ostring-Ersatz“ zum Fall für den Papierkorb machen wird.

Hartmut Meyer
Buchholz

„Bürgermeister hat alle Vorschläge in den Papierkorb geworfen“

Auch wenn Hamburger immer wieder betonen, dass sie unsere lächerlichen Buchholzer Verkehrsprobleme gern gegen ihre eintauschen würden: die Buchholzer Bürger wollen nun mal schon seit vielen Jahren verkehrstechnische Erleichterungen auf der Nord-Süd-Achse haben. Herrn Bürgermeister Geiger liegen seit längerer Zeit viele konkrete Vorschläge zur Lösung der Probleme in der Kirchenstraße und Hamburger Straße vor. Dieser Bürgermeister hat aber alle diese Vorschläge in den Papierkorb geworfen und den Bau des Postkutschentunnels unter der Bahn verschlampt, weil er einfach nur Druck auf den Bau des Ostringes erzeugen wollte. Jetzt liegen irgendein Ostring und der Neubau des Tunnels unter der Bahn in ca. zehnjähriger Ferne.

Bernd Wenzel
Buchholz

Keine Hilfe für Krankenhaus Salzhäusen

Interview: Der Landrat des Kreises Harburg, Joachim Bordt, über Asylbewerber, Fracking, eine Umgehung für Buchholz und ein Signal vom Lieben Gott

Harburg/Winsen. Die Landkreis-Spitze zu Gast beim Abendblatt: Joachim Bordt, seit 2006 Landrat, muss in einem Jahr sein Amt an einen Nachfolger übergeben. Welchen Kurs er bis dahin steuern will, erklärt er im Interview. Mit Bordt sprachen Frank Ilse, Christiane Tauer und Rolf Zamponi.

Hamburger Abendblatt:

Herr Bordt, in Bayern hat die FDP nur drei Prozent der Stimmen erhalten. Hand aufs Herz: Überspringt Ihre Partei am Sonntag bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde?

Joachim Bordt:

Bayern ist mit dem Bund nicht vergleichbar. Ich bin mir sicher, dass die FDP wieder in den Bundestag gewählt wird. Viel wichtiger ist aus meiner Sicht die Wahlbeteiligung: Jeder Bürger sollte am Sonntag die Chance nutzen und zur Wahl gehen.

Die weltweiten Krisen spülen immer mehr Asylbewerber nach Deutschland und in den Landkreis. Welche Folgen hat das für die Finanzen?

Bordt:

Wir rechnen in diesem Jahr mit Gesamtkosten von über fünf Millionen Euro und liegen damit mehr als doppelt so hoch wie die Zuweisungen des Landes von etwa zwei Millionen Euro. Das heißt: Wir zahlen deutlich zu. Auch im nächsten Jahr wird die Zahl der Flüchtlinge weiter zunehmen, die hier politisches Asyl suchen. Die damit verbundenen Kostensteigerungen dürfen nicht einfach auf die kommunale Ebene abgeladen werden. Darum werden sich die Gemeinden und der Landkreistag für eine Entlastung durch das Land oder den Bund einsetzen. Leider hat unser Landkreis derzeit keine starke Lobby in Hannover. Denn keiner unserer Landtagsabgeordneten gehört den Regierungsparteien SPD und Grüne an.

Wie gut werden die Asylbewerber derzeit aufgenommen?

Bordt:

Ich glaube, wir sind hier auf einem guten Weg, auch wenn die neuen Nachbarn nicht überall im Landkreis mit offenen Armen empfangen werden. Wir brauchen eine bürgerschaftliche Willkommenskultur, und ich bin froh, dass immer mehr Menschen ihre Hilfe und Unterstützung anbieten.

Wie wird sich die Zahl der Asylbewerber 2014 entwickeln?

Bordt:

Die Quote für den Landkreis liegt derzeit bei 490 Plätzen, davon haben wir bereits 270 neu eingerichtet. Demnächst wird allerdings eine neue Quote für die bundesweite Verteilung der Asylbewerber festgelegt, die sicher höher ausfallen wird. Deswegen suchen wir händeringend weitere Wohnunterkünfte. Bislang mussten wir zum Glück noch keine Turnhallen oder Zelte als Notunterkünfte einrichten. Stattdessen werden wir die Gebäude der ehemaligen Zivildienstschule in Buchholz übergangsweise nutzen. Dort können bis Ende Januar 2014 bis zu 120 Asylbewerber untergebracht werden. Parallel dazu werden wir weitere Unterkünfte bauen und bereitstellen müssen.

In der Diskussion über Lebensqualität im Landkreis sind die Emotionen beim Thema Fracking hochgekocht. Hätte man nicht diese Art der Förderung, bei der chemische Substanzen in den Boden gepumpt werden, von vornherein ausschließen müssen?

Bordt:

Viele Menschen sind in dieser Frage sehr sensibel, lehnen Fracking kategorisch ab. Ich bin aber dafür, zunächst die Lage zu erkunden und zu prüfen, ob und mit welchen Konsequenzen eine Förderung überhaupt möglich ist. Erst danach geht es um Entscheidungen und Genehmigungen. Ich finde es nicht okay, wenn wir Deutschen uns zurücklegen und sagen, Öl und Gas wird in anderen Regionen gefördert. Was dort mit der Umwelt geschieht, ist uns egal. Wer Öl und Gas importiert, darf auch eine Förderung vor Ort nicht sofort ablehnen.

Sie sind also für Fracking?

Bordt:

Wir können nicht gleich zu allem Nein sagen. Aber wir haben im Kreistag klar beschlossen, dass mögliche Gefahren für Mensch und Umwelt dabei eindeutig ausgeschlossen sein müssen.

Auch in Salzhausen haben die Menschen momentan große Sorgen. Dort steht das Krankenhaus mit 200 Mitarbeitern vor dem Aus. Greift der Landkreis noch ein?

Bordt:

In Salzhausen haben wir schon einmal einen Zuschuss für den Bau eines modernen Operationssaals bereit gestellt. Verbunden damit war ein Kooperationsvertrag mit unseren Häusern in Winsen und Buchholz, der aber leider von Seiten der Ärzte nicht mit Leben gefüllt wurde. Hätte sich das Krankenhaus Salzhausen damals den angebotenen Gesprächen stärker geöffnet, stünde es heute nicht da, wo es steht. Ohne klares Konzept ist es jetzt zu spät für eine Lösung. Unsere Priorität liegt bei den Kliniken in Buchholz und Winsen, auf die ich sehr stolz bin. Mit ihnen stellen wir die Versorgung im Landkreis sicher.

Priorität für die Stadt Buchholz hat seit Jahrzehnten die östliche Umgehungsstraße. Können Sie den Bürgern Hoffnung machen?

Bordt:

Ja, denn die Ortsumgehung ist dringend erforderlich. Unsere Planfeststellung ist zwar erst einmal vor Gericht gescheitert. Doch einen Hoffnungsschimmer gibt es noch. Wir werden alle Rechtsmittel einsetzen, um gegen das Urteil Revision einlegen zu können. Dafür haben wir den Münchener Fachjuristen Dr. Andreas Geiger engagiert. Sollte das gelingen, werden wir den Ostring bauen können. Sollten wir unterliegen, werden wir gemeinsam mit der Stadt Buchholz ein neues Planfeststellungsverfahren einleiten. Denn wir stehen zu unserem Wort: Buchholz braucht eine Umgehungsstraße.

Mit welchen Kosten wird gerechnet?

Bordt:

Mit 22 Millionen Euro. Bei Bund und Land können wir bis zu 60 Prozent Fördermittel beantragen. Den Rest der Kosten würden Stadt und Kreis jeweils zur Hälfte übernehmen.

Allerdings drohen die Einnahmen der Gemeinden weiter zu sinken, weil die Zahl der Einwohner im Kreis nach der neuesten Ermittlungen um 9000 geringer ausfällt als angenommen. Damit würden die Zuweisungen aus Berlin und Hannover sinken. Die Gemeinden gehen von einer Fehleinschätzung aus und wollen sich beschweren. Schließt sich der Landkreis dem an?

Bordt:

Wir sind auf der Seite unserer Gemeinden. Schon weil wir seriöse Zahlen brauchen. Die Arbeitsgruppe der Gemeinden wird vom Kreis koordiniert. Für den Kreis und die Gemeinden steht eine Summe von drei Millionen Euro im Feuer.

Das ist aber nicht der einzige Haushaltskonflikt, der mit dem Land ausgetragen wird.

Bordt:

Stimmt. Um die Kommunen zu entlasten, beteiligt sich der Bund seit 2012 mit einer Gesamtsumme von 400 Millionen Euro an den Kosten der Grundsicherung im Alter. Doch jetzt will das Land Niedersachsen die restlichen 107 Millionen Euro für 2014 nicht weiterreichen. Verheerend daran ist, dass dies schon die alte CDU-Landesregierung angekündigt hatte und dafür von der SPD scharf kritisiert wurde. Jetzt handelt die SPD-Landesregierung genauso. Das Land Niedersachsen kann die Gelder vom Bund doch nicht einfach für sich behalten, die Landkreise brauchen dringend eine Entlastung.

In Hittfeld wurde jetzt die dritte Integrierte Gesamtschule (IGS) eröffnet. Ist das jetzt die letzte IGS oder reicht das Angebot noch nicht aus?

Bordt:

Mit drei Integrierten Gesamtschulen, neun Gymnasien und einer Reihe von Oberschulen, in denen Haupt- und Realschulen zusammengelegt wurden, ist der Landkreis sehr gut aufgestellt. Es gibt viele Befürworter für das Konzept der IGS, aber die Schülerzahlen werden künftig auch im Landkreis rückläufig sein. Daher prüfen wir genau, ob durch die Einrichtung einer neuen Schule die Existenz einer anderen bedroht würde. Ich glaube, wir haben ein vielfältiges Angebot, das den Bedarf deckt. Wir sind gut ausgestattet. Neue Schulen sind nicht mehr nötig.

Sie vergessen den Neubau in Jesteburg?

Bordt

(schmunzelt): Nein, das ist ein Sonderfall. Der Ort hat jahrelang darunter gelitten, dass es dort keine weiterführende Schule gab. Jetzt nehmen wir zehn Millionen Euro in die Hand und bauen dort eine Oberschule.

Das Land will mit Wirkung ab 1. November 2014 die Amtszeiten von Bürgermeistern und Landräten von acht auf fünf Jahre reduzieren. Wie wird sich das im Landkreis auswirken?

Bordt:

Die Kommunen und Landkreise heißen dies nicht gut. In acht Jahren kann man als Landrat etwas bewegen und gestalten, Projekte nicht nur anstoßen, sondern auch erfolgreich zu Ende führen. Die Koppelung an den Fünf-Jahres-Rhythmus von Kreistags- oder Gemeinderatswahlen halte ich nicht für sonderlich sinnvoll, da die Aufgaben eines Bürgermeisters oder Landrats überparteiliche Weitsicht erfordern. Für fünfjährige Perioden dürfte es zudem schwieriger sein, gute Bewerber zu bekommen. Im Übrigen sollte an den bewährten Grundstrukturen nicht bei jedem Regierungswechsel gerüttelt werden. Meine Amtszeit endet Mitte September 2014. Der neue Landrat wird so noch einmal für acht Jahre gewählt.

Wann wird gewählt?

Bordt:

Wir gehen vom 25. Mai 2014, dem Tag der Europawahl, aus. Die endgültige Entscheidung dazu trifft der Kreistag noch in diesem Jahr.

Würden Sie gern noch einmal antreten?

Bordt:

Ja, ich würde gern noch einmal antreten. Leider habe ich inzwischen das Höchstalter für eine weitere Kandidatur überschritten.

Wen würden Sie gern als ihren Nachfolger sehen?

Bordt:

Ich würde mich freuen, wenn der jetzige Erste Kreisrat Rainer Rempe seinen Hut in den Ring werfen würde.

Sie hatten 2012 einen Herzinfarkt. Was hat das in ihrem Leben verändert?

Bordt:

Der Liebe Gott hat mir ein Signal gegeben, das ich verstanden habe. Ich rauche nicht mehr, arbeite an meiner Fitness und genieße jeden Tag.

„Die Grünen müssten dem Bau des Ostrings zustimmen“

Betr.: „Die Misere wird jetzt deutlich“ (WOCHENBLATT 38/13) - Gewerbegebiet Trelder Berg: Grünen-Fraktionschef Zinnecker kritisiert „Luftnummern“ von Bürgermeister Geiger.

Herr Zinnecker führt aus, dass die Grünen im Rat der Stadt Buchholz der zusätzlichen Norderweiterung des Gewerbegebiets II um weitere 1,5

Hektar nur zähneknirschend zugestimmt haben. Um mit dem Verkaufserlös einen Teil des finanziellen Risikos aus den nicht verkauften Flächen im Gewerbegebiet III am Trelder Berg zu minimieren und somit „Schaden von der Stadt zu wenden“.

Hier wird die Misere der Grünen jetzt deutlich. Wie allgemein bekannt, kämpfen die Grünen seit Jahren gegen den Landschaftsverbrauch und die Umweltzerstörung durch einen evtl. Bau des Ostrings. Eine evtl. Norderweiterung der Gewerbegebietes II würde - wie ein evtl. Bau des Ostrings - wertvolle Landschaft für immer zerstören. Hier wird eindeutig mit zweierlei Mass gemessen.

Wenn die Grünen ihre Aussage mit der Zustimmung zur Norderweiterung des Gewerbegebietes II „Schaden von der Stadt zu wenden“ ehrlich meinen, dann müssten sie auch dem Bau des Ostrings zustimmen. Um zu verhindern, dass die bisher in die Ostring-Planung investierten gewaltigen finanziellen Mittel sinnlos und für die Stadt Buchholz verloren wären, was einen immensen Schaden für die Stadt bedeutet.

Hermann H. Albers
Buchholz

Wilfried Geiger tritt nicht mehr an

Christiane Tauer

Buchholzer Bürgermeister verzichtet auf eine Kandidatur zur Wahl im kommenden Jahr. CDU sucht jetzt neue Bewerber

Buchholz. Der Entschluss kam für viele überraschend: Buchholz' Bürgermeister Wilfried Geiger will bei der Bürgermeisterwahl im kommenden Jahr nicht erneut kandidieren. "Nach 44 Arbeitsjahren muss man nicht nur auf seine Familie und seine Gesundheit hören, sondern auch auf seinen Verstand", teilt der 61-Jährige in einer persönlichen Erklärung mit. Er habe lange darüber nachgedacht, ob er für eine Amtszeit von jetzt sieben Jahren erneut antreten solle und dürfe. "Wird es dieser Stadt gerecht, wenn ich bis zum 69. Lebensjahr diese nicht leichte Aufgabe noch einmal anstrebe?" Diese Frage habe er sich gestellt und für sich die Antwort gefunden, dass "unser schönes Buchholz eher keinen über 60-jährigen Bürgermeister braucht".

Mit dieser Entscheidung stellt der parteilose Geiger die Buchholzer CDU vor eine neue Herausforderung. Die Partei hatte ihn bei der Wahl im Jahr 2006 unterstützt und war eigentlich davon ausgegangen, dass er ein zweites Mal antritt. Erst vor zwei Wochen hatte Parteichef Christian Horend erklärt, dass er zumindest nichts Gegenteiliges von Geiger gehört habe, andere Bewerber gebe es nicht. Obwohl sich an der Bewerberlage bis jetzt wenig geändert hat, sieht Horend keinen Grund zur Beunruhigung. Anfang des kommenden Jahres, am 17. Januar, will der Ortsverband auf einer Mitgliederversammlung den offiziellen CDU-Kandidaten küren – nur rund vier Monate vor der Bürgermeisterwahl, die voraussichtlich parallel zur Europawahl am 25. Mai sein wird.

"Wir haben schon einige Gespräche geführt, aber für Namen wäre es noch zu früh", sagt ein gelassener Horend. Damit bezieht er sich auch auf zwei Namen, die bisher als mögliche CDU-Kandidaten gehandelt werden, nämlich das Stadtratsmitglied Robert Ehrenpfordt und Bettina Jägersberg aus dem Ortsrat Holm-Seppensen. "Herr Ehrenpfordt hat mir gesagt, dass er wahrscheinlich nicht zur Verfügung steht, und Frau Jägersberg hat sich bei mir noch gar nicht gemeldet", sagt Horend.

Vor Geigers Entscheidung ziehe er jedenfalls seinen Hut. Ihm sei in den vergangenen Tagen in persönlichen Gesprächen mit dem Bürgermeister klar geworden, dass er anscheinend doch nicht mehr kandidieren wolle. Von daher habe ihn der Entschluss auch nicht allzu überraschend getroffen.

Anders sieht das bei der FDP aus, die Geiger bei einer erneuten Kandidatur theoretisch ebenfalls unterstützen wollte und von seinem Entschluss vorab nichts gewusst hatte. "Wir haben aber auch gesagt, dass wir erst dann einen endgültigen Beschluss fassen, wenn alle Kandidaten bekannt sind", sagt Ortsverbandsvorsitzender Wilhelm Pape. Deshalb gebe es aus Sicht der FDP im Grunde keine wesentlich veränderte Situation.

Wilfried Geiger selbst ist ebenfalls gespannt, wer sich am Ende um seine Nachfolge bewerben wird. Einen Wunschnachfolger wie beispielsweise Joachim Bordt, Landrat des Landkreises Harburg, der sich klar für den Ersten Kreisrat Rainer Rempe ausgesprochen hat, habe er nicht, betont er gegenüber dem Abendblatt. Seine eigene Entscheidung für einen Verzicht auf eine Kandidatur habe er vor allem im Familienrat getroffen. "Meine Frau und die Kinder haben zwar gesagt, ‚Wenn du möchtest, kannst du es tun‘", sagt der Vater dreier zum Teil bereits erwachsener Kinder. "Aber dann habe ich mich selbst gefragt, ob ich die sieben Jahre noch durchhalten würde."

Zwar sehe es bei ihm derzeit gesundheitlich gut aus, erklärt er. Weil er aber wisse, dass auch in einer möglichen zweiten Amtszeit die zeitliche und psychische Belastung wieder sehr hoch sein werde, sei er überzeugt, dass "jüngere Kandidaten mit Erfahrung diese Aufgabe übernehmen und mit größerer Ausdauer die Zukunft unserer Stadt gestalten sollten". Als Bürgermeister ist Geiger fast jeden Abend unterwegs und kommt erst zwischen 21 und 23 Uhr nach Hause. Und selbst das Wochenende ist nicht ausgenommen, da dann häufig Sportveranstaltungen oder Jubiläen anstehen.

"Das Amt hat mir immer Spaß gemacht", betont Geiger. Sehe man vom Ostring ab, der trotz seines Wahlversprechens aus dem Jahr 2006 leider noch immer nicht realisiert sei, könne er auf eine positive Bilanz blicken. Als Beispiele nennt er die mehr als 200 Krippenplätze, die in seiner Amtszeit in Buchholz entstanden, die Integrierte Gesamtschule, die Zukunftswerkstatt und die Parkhäuser. "Ich habe mich schweren Herzens entschlossen, nicht erneut anzutreten." Jetzt hoffe er auf Verständnis bei den Buchholzern und bei jenen, die ihm bereits ihre Unterstützung zugesagt hätten.

„So ein Bewerber darf kein Bürgermeister werden“

Betr.: „Bürgermeisterwahl in Buchholz“ (das WOCHENBLATT berichtete mehrfach).

Wenn ich die Bewerbung von Joachim Zinnecker richtig verstehe, geht es ihm nicht so recht um die Wünsche/Belange der Bürger, sondern darum, seinen beruflichen Abschluss zu „krönen“! Zum Beispiel sind die Buchholzer Bürger für den Ostring, Herr Zinnecker aber strengstens dagegen, damit gegen die Bürger. So ein Bewerber darf kein Bürgermeister werden.

**Jürgen Ulbricht
Buchholz**

Nordheide Wochenblatt vom 4. Dezember 2013

Verwaltungsgericht lässt sich Zeit

Zum **Ostring Buchholz** ist eine Entscheidung noch nicht in Sicht. Befürworter werden unruhig

CORINNA PANEK

BUCHHOLZ/LÜNEBURG :: „Wir haben doch abgestimmt, warum passiert denn nichts?“ Solchen Fragen ist der Buchholzer Bürgermeister Wilfried Geiger jedes Mal ausgesetzt, wenn er seine monatliche Wochenmarkt-Sprechstunde abhält. Die Bürger wollen endlich wissen, was denn nun passiert mit dem Ostring. Wann er gebaut wird. Ob er überhaupt gebaut wird. „Immer wieder muss ich dann erklären, dass die Angelegenheit noch bei Gericht liegt und wir keinen Einfluss haben“, sagt Geiger.

Fast drei Jahre ist es her, dass vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg drei Klagen von Ostringgegnern verhandelt wurden. Damals hatte das Gericht Fehler im Planfeststellungsbeschluss festgestellt und diesen im Februar 2011 für ungültig erklärt. Zugleich hatte es Berufung nicht zugelassen. Der Landkreis Harburg als Beklagter – er ist Bauherr, da es sich beim Ostring um eine Kreisstraße handelt – hatte dagegen Widerspruch eingelegt, das Verfahren aber ruhen lassen, als sich zunächst eine Bürgerbefragung und dann ein Bürgerentscheid abzeichnete. In diesem Bürgerentscheid ging es um die Frage, ob die Stadt Buchholz den Vertrag mit dem Landkreis zum Bau der Umgehungsstraße kündigen soll oder nicht. Am 20. Januar dieses Jahres stimmte eine

Mehrheit von 61,8 Prozent der Wähler dafür, die Verträge bestehen zu lassen. Im Juli beantragte der Landkreis die Wiederaufnahme des Widerspruchsverfahrens.

Eine Entscheidung ist noch nicht in Sicht – und die Ostring-Befürworter machen in Internetforen ihrem Unmut Luft. „Am 20. Januar 2014 sind 365 Tage vorbei, wo wir Buchholzer Bürger dem Stadtrat in einem klarem Votum zu verstehen gegeben haben, dass wir für die weitere Planung einer Umgehungsstraße sind“, teilt etwa Timo Hanke, einer

Der Rat ist zwei Jahre an das Ergebnis des Bürgerentscheids gebunden der Bürgerbegehren-Initiatoren, mit. Dahinter steckt auch die Sorge, dass die Entscheidung des Gerichts die Gültigkeitsdauer des Bürgerentscheids überdauern könnte. Denn an das Ergebnis ist der Stadtrat nur zwei Jahre gebunden.

Das Gericht verweist darauf, dass „der berufene Senat im Rahmen seiner richterlichen Unabhängigkeit die Reihenfolge der Bearbeitung der bei ihm anhängigen Rechtssachen“ bestimme. Der Eingang des Verfahrens spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Dringlichkeit. Weil das Verfahren längere Zeit geruht hat, wird es entsprechend weiter hinten wieder eingeordnet. „Dabei spielt auch eine Rolle, ob neue Stellungnahmen zu dem Verfahren eingegangen

sind“, erläutert Sprecherin Andrea Blumenkamp. Das Gericht hat die Gültigkeitsdauer des Bürgerentscheids gleichwohl im Blick und teilt mit: „In Anbetracht der üblichen Verfahrensdauer steht nicht zu erwarten, dass der Senat erst nach Ablauf dieser Frist über die Zulassungsanträge des Beklagten entscheiden wird.“ Ihr seien auch keine Gründe bekannt, die dagegen sprächen, sagt Andrea Blumenkamp. Über Details zum Zeitplan des Verfahrens gebe der Senat indes keine Auskunft.

„Immerhin etwas Positives“, meint der Erste Kreisrat Rainer Rempe. Neue Stellungnahmen des Landkreises seien eigentlich auch nicht nötig, da sich an der Sachlage nichts geändert habe. Wilfried Geiger bedauert, dass die Lösung des Verkehrsproblems nicht mehr während seiner Amtszeit erfolgt. Das Thema werde sicher den Wahlkampf um seine Nachfolge bestimmen, „auch wenn die Positionen der Kandidaten klar sind“. Schlimm findet er, dass „die Entwicklung der Stadt gelähmt ist, solange das Gericht nichts entschieden hat“. Im Fall, dass das Gericht den Widerspruch ablehnt, wäre eine schnelle Entscheidung erst recht wichtig, um mit einer neuen Planung beginnen zu können. „Wir haben eine schwierige Situation in Buchholz. Der Verkehr nimmt zu und je länger die Entscheidung dauert, desto schwieriger wird es – ganz unabhängig von Glaubensfragen.“

1,5 Mio. für den Ostring?

FDP /CDU fordern Mittel für Fortsetzung der Planung

os. **Buchholz.** Die Buchholzer FDP und CDU haben die Umgehungsstraße „Ostring“ noch lange nicht aufgegeben. In einem gemeinsamen Antrag fordern sie die Bereitstellung von insgesamt 1,5 Millionen Euro in den Haushalten 2015 bis 2017. Damit solle der städtische Anteil am Bau der Kreisstraße sichergestellt werden.

Wie berichtet, ruhen derzeit die Planungen für die Umgehungsstraße im Osten von Buchholz. Bereits 2011 hatte das Verwaltungsgericht Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss für die vorgesehene Trasse kassiert und zugleich eine Berufung nicht zugelassen. Dagegen wollte der Landkreis Harburg als Bauherr Wider-

spruch einlegen. Er stellte diesen jedoch zunächst zurück, um das Ergebnis des Bürgerentscheids in Buchholz abzuwarten. Im Januar 2013 sprachen sich 61,8 Prozent der Bürger für die Fortsetzung der Planung aus.

Wann das Gericht über den Ostring entscheidet, steht derzeit nicht fest. Christ- und Freidemokraten wollen aber, dass Buchholz im Falle eines Erfolgs vor Gericht gewappnet ist. Wobei die Zulassung des Widerspruchs noch lange nicht den Bau des Ostrings in der geplanten Form bedeutet. Das größte Problem für den CDU/FDP-Antrag: Die Ostring-Gegner verfügen derzeit über eine Einstimmen-Mehrheit im Rat.

Um den Ostring verhandeln – aber nicht vor Gericht



Am Infostand sammelten Günter Helmrich (links) und Wilhelm Pape Unterschriften für den Ostring. Agnes Fischer ist dafür Foto: Christiane Tauer

SPD-Ratsherr Norbert Stein appelliert an Verfechter des Ostrings, Gesprächsangebote anzunehmen. CDU und FDP fordern Planungsmittel im Haushalt für Umgehungsstraße.

Buchholz Der Unmut der Buchholzer Bürger über den Stillstand in Sachen Ostring-Planung stößt sogar bei den Gegnern der Umgehungsstraße auf Verständnis. Allerdings aus einem anderen Grund: "Jetzt rächt es sich, dass die Bürger von den Initiatoren des Entscheids bewusst getäuscht wurden, indem ihnen eingeredet wurde, sie könnten über den sofortigen Bau dieser Straße entscheiden", sagt Norbert Stein, SPD-Ratsherr im Buchholzer Stadtrat und Vorsitzender des Planungsausschusses.

Die Schuld für die Verzögerung liege nicht beim Gericht, sondern "an der Sturheit und ideologischen Verblendung der Berufungskläger und der dahinter stehenden schwarz-gelben Parteien", so Stein. Die rot-grüne Ratsmehrheit habe nach dem Bürgerentscheid zur Kenntnis genommen, dass die Bürger die Entlastungsstraße wollen. "Wir haben in der Gruppe die strenge Position 'gar keine Umgehung' abgelegt und schon bald nach dem Bürgerentscheid Vorschläge gemacht: die Streckenführung parallel zur Bahn." Die von ihnen gereichte Hand hätten CDU und FDP ausgeschlagen, auch auf Kreisebene, denn sie sähen sich dem Bürger gegenüber verpflichtet, die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens anzustreben.

"Allerdings bedeutet eine Wiederaufnahme auch eine weitere Verzögerung", betont Stein. Denn mit dem Urteil vom Februar 2011, das den Planfeststellungsbeschluss zum Ostring aufgehoben hatte, wurden weitere Klagen gar nicht erst behandelt, was bei Wiederaufnahme aber wahrscheinlich sei.

Dem Bürgermeister Wilfried Geiger wirft Stein vor, andere Maßnahmen zur Verkehrsentslastung wie den Mühlentunnel bewusst verzögert zu haben, um den Ostring voranzubringen. Stein appelliert, das Gerichtsverfahren fallen zu lassen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Eine bahnahe Entlastungsstraße sei schneller und günstiger realisierbar, weniger Fläche verbrauchen und das Sportzentrums am Holzweg besser anbinden – eventuell sogar durch eine neue Buslinie.

Die Ratsfraktionen von CDU und FDP gehen davon aus, dass der Widerspruch des Landkreises Harburg beim Oberverwaltungsgericht Erfolg haben wird und das Verfahren weiter geht. In einem Antrag fordern sie daher die Bereitstellung von je 500.000 Euro in den Haushaltsjahren 2015 bis 2017 für die Planung der Straße. FDP-Fraktionschef Arno Reglitzky bedauert, dass für 2014 weder im Stadt- noch im Kreishaushalt Geld bereitgestellt wird.

Eine mittelfristige Haushaltsplanung für den Ostring sei unverzichtbar. "Wir müssen dem Landkreis signalisieren, dass Buchholz noch an der Realisierung der Umgehungsstraße interessiert ist", so Reglitzky. Er geht von einer Entscheidung des Gerichts zugunsten des Landkreises als Bauherren der Umgehungsstraße aus, und sieht die Angelegenheit, wie es sich für einen Sportler gehört: "Wenn ich nicht von einem positiven Ergebnis ausgehe, könnten wir auch einpacken und sagen, das war's. Wenn ich von der Richtigkeit in der Sache ausgehe, muss ich auch an den Erfolg glauben." Falls das Gericht den Widerspruch ablehne, sei die Bereitstellung für Planungsgeld umso wichtiger – da dann die Straße komplett neu geplant werden müsste.

Keine weiteren Mittel für den Ostring

Kontroverse Debatte um 1,5 Millionen Euro

os. Buchholz. So einträchtig der Buchholzer Stadtrat bei der Verabschiedung des Haushaltes war (s. Artikel oben), so kontrovers ging es zu bei der Debatte um die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2015 bis 2017. Vor allem der Vorstoß der FDP-Fraktion, auf den letzten Drücker insgesamt 1,5 Millionen Euro für die weitere Planung der Umgehungsstraße „Ostring“ einzuwerben, stieß auf wenig Gegenliebe. Selbst Bürgermeister Wilfried Geiger, ein bekennender Ostring-Freund, enthielt sich da der Stimme.

Wie berichtet, hatte die FDP-Fraktion im Finanzausschuss, der am Tag vor dem Stadtrat tagte, mit einer Tischvorlage den Antrag eingebracht. Eine Gegenfinanzierung blieben

die Freidemokraten schuldig. Diese lieferte FDP-Ratsherr Jürgen Kempf im Rat nach Geigers Aufforderung nach: Es müssten schlichtweg mehr Schulden aufgenommen werden. Das lehnten die Ostring-Gegner mehrheitlich ab.

Während die FDP ihren Antrag verteidigte und darauf hinwies, dass die Stadt bei der positiven Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im kommenden Jahr auf die weitere Ostring-Planung auch finanziell vorbereitet sein müsse, gab es von den Gegnern reichlich Kritik. SPD-Fraktionschef Wolfgang Niesler konnte den Vorstoß nicht nachvollziehen, Grünen-Ratsherr Frerk Meyer formulierte schärfer: „Das war eine absolute Frechheit!“

Nordheide Wochenblatt vom 11. Dezember 2013

„Verkehrssituation in Buchholz wird sich weiter entspannen“

Betr.: „1,5 Mio. für den Ostring?“ (WOCHENBLATT 49a/13) - FDP /CDU fordern Mittel für Fortsetzung der Planung.

Erstaunlich, drei Jahre ist es nun schon her, dass das Verwaltungsgericht Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss kassiert hat, und CDU und FDP beschwören seit vielen Jahren gebetsmühlenartig den Verkehrskollaps für Buchholz. Gleichwohl rollt der Verkehr in der Buchholzer Innenstadt - abgesehen von den normalen Behinderungen in einer Innenstadt - in der Regel ohne Probleme.

Dabei wird sich die Buchholzer Verkehrssituation in den nächsten Jahren weiter entspannen. Immer mehr Beschäftigte der geburtenstarken Jahrgänge gehen in den vorzeitigen Ruhestand. Diese werden morgens und abends während der Rush-hour den Verkehrsfluss nicht mehr behindern. Darüber hinaus wird die E-Mobilität in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die Lärm- und Schadstoffbelastung spürbar abnimmt. Ausbau des Mühlentunnels, eine vernünftige Ampelschaltung und hoffentlich bald ein S-Bahnanschluss werden ein Übriges tun.

**Egbert Feldhaus
Buchholz**

Kreistag: Kreistag: Von Nachrückern und dem ewigen Ostring

Weil Heiner Albers (Wählergemeinschaft) nach seiner Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Samtgemeinde Hollenstedt den Kreistag verlässt, ist für ihn ein Abgeordneter nachgerückt: der parteilose Manfred Meyer aus Tötensen.

Er gehört aber nicht der WG-Fraktion an, sondern bildet mit der SPD eine Gruppe, die nun als "Gruppe SPD/Unabhängiger" geführt wird. Wie der Kreistagsvorsitzende Norbert Böhlke feststellte, handele es sich bei dem Abgeordneten nunmehr um "Meyer 4", in Anlehnung an eine frühere Krimiserie mit dem Polizisten "Meyer Zwo".

Keine Sitzung ohne den Buchholzer Ostring: Arno Reglitzky (FDP) erläuterte seinen Antrag, in der Prioritätenliste des Kreisstraßenbauprogramms die Buchholzer Ortsumfahrung vorrücken zu lassen. Norbert Stein (SPD) verwies darauf, dass Reglitzky mit einem ähnlichen Antrag in Buchholz bereits gescheitert sei, da es für den Ostring wegen des noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahrens keine rechtssichere Planung gebe. Harald Stemmler (WG) sprach gar von einem "Phantom-Antrag", da es nur um die Prioritätenliste und nicht den Haushalt gehe, und beantragte, den Antrag in den Bau- und Planungsausschuss zurückzuverweisen.

CDU und Willy Klingenberg aus der Gruppe FDP-Freie Wähler verwiesen auf das Votum der Buchholzer Bürger zugunsten des Ostrings, "wir müssen ja Bereitschaft zur Umsetzung zeigen", so Klingenberg. Stemmler kündigte daraufhin an, seinen Antrag zurückzuziehen. "Dann stelle ich ihn eben", sagte Jens-Rainer Ahrens (SPD).

Manfred Cohrs (CDU) meinte, der Kreistag solle sich für den Ostring aussprechen und die Prioritätenliste vom Ausgang des Verfahrens abhängig machen. Das wollte wiederum Reglitzky unterstützen. Es folgte eine Sitzungsunterbrechung. Danach waren alle Anträge vom Tisch.

Kreis investiert rund 84 Millionen Euro für Straßen

Rolf Zamponi



Landrat Joachim Bordt (FDP) steht im Mai nicht mehr zur Wiederwahl. Für die CDU bewirbt sich der Erste Kreisrat Rainer Rempe (CDU). Kreisrat Björn Hoppenstedt (CDU), der ebenfalls zur Kreis-Verwaltungsspitze zählt, steht links. Foto: Rolf Zamponi

Im kommenden Jahr wird bei der Europawahl im Mai auch ein neuer Landrat festgelegt. Der Kreis arbeitet an einem Konzept für die Energiewende und sucht Wohnungen für Flüchtlinge.

Winsen. Der Landkreis Harburg hat es vorgemacht. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl lag mit 78,4 Prozent am höchsten in allen Wahlkreisen in Niedersachsen und Bremen. Dafür wurde dem Kreis der "Wahlpreis 2013" verliehen, den Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) an Landrat Joachim Bordt (FDP) übergab. 2014 stehen im Mai mit der Wahl des Europa-Parlaments sowie der Wahl eines Nachfolgers für Bordt und den Wahlen weiterer Bürgermeister und Landräte weitere Urnengänge an.

In diesem Jahr hat der Landkreis in Bildung, Schule, Kinderbetreuung, Gesundheit und für die Gestaltung der Energiewende investiert. "Auch mit dem Doppelhaushalt 2014/15 wollen wir in Richtung Schuldenabbau voranschreiten. Das kann aber nur gelingen, wenn unsere Einnahmen stabil bleiben, die Wirtschaft wächst und wir keine zusätzlichen Aufgaben aufgebürdet bekommen", so Bordt.

Auf dem richtigen Weg sieht Bordt den Kreis bei der Gestaltung der Energiewende für den Klimaschutz. Erste Maßnahmen wurden mit dem Förderprogramm "Energie für Verbraucher" umgesetzt. Es bietet den Bürgern Beratung und finanzielle Unterstützung für den Austausch von Kühlgeräten oder die Optimierung von Heizungsanlagen. Bis Ende Dezember 2013 wurden 3300 Förderanträge bewilligt und eine Fördersumme von mehr 265.000 Euro ausgeschüttet. Für die Sonnenenergie wurden die Dächer von mehr als 50 öffentlichen Gebäuden auf ihre Tauglichkeit untersucht. Demnach stehen 8000 Quadratmeter für die Sonnenenergie bereit.

Für den Ausbau der Bildungseinrichtungen ging zum Schuljahr 2013/2014 die dritte Integrierte Gesamtschule (IGS) im Landkreis Harburg in Hittfeld mit 126 Schülern an den Start. Investiert wird nun in den Neubau der Oberschule Jesteburg und den Ausbau der beiden IGS in Winsen und Buchholz. Die neue Zukunftswerkstatt in Buchholz soll Kinder und Jugendliche für Wissenschaft und Technik begeistern. Anfang 2014 sollen ihre neuen Räumlichkeiten bezogen werden.

Für die Sanierung von Straßen werden bis 2023 rund 84 Millionen Euro investiert. Der geplante Bau des Ostrings in Buchholz lag zwar auf Eis, nachdem das Verwaltungsgericht Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss für den Bau aufgehoben hatte. "Wir werden den Ausgang des Rechtsstreits vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg abwarten und dann die Möglichkeiten für eine Entlastung der Buchholzer Innenstadt weiter verfolgen", so der Landrat.

Der FDP-Politiker dankt allen Gemeinden und Bürgern, die bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen geholfen haben. Insgesamt wurden 2013 Unterkünfte für 500 Asylbewerber geschaffen. Auch weiterhin bekommt der Kreis jedoch jede Woche 20 Asylbewerber zugewiesen. Zwar sind neue Unterkünfte für 2014 geplant, sie reichen jedoch nicht. Daher sind Bordt und Sozialdezernent Reiner Kaminski weiter auf Hilfe angewiesen.